

EXTRA BLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2015



Zuwanderung begrenzen 3

Interview mit Roger Köppel zu Wohlstand, Wachstum und Begrenzung der Zuwanderung in die Schweiz.



EU-Anschluss verhindern 5

Der Bundesrat ist bereit, automatisch EU-Recht und fremde Richter zu übernehmen. Ein gefährlicher Weg.



Asyl-Chaos stoppen 9

Die Sogwirkung der laschen Politik auf Illegale und Wirtschaftsmigranten ist riesig. Jetzt muss gehandelt werden.



Nationalratswahlen
Wie wähle ich richtig? Seite 18

Frei bleiben – SVP wählen

Die SVP will unser schönes und einmaliges Land erhalten: persönliche Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und einen intakten Lebensraum. Diese Errungenschaften sind heute in Gefahr: durch eine masslose Zuwanderung, Gewalt und Kriminalität im Alltag, das wachsende Risiko terroristischer Anschläge, aber auch durch den Drang von Politikern, die Schweiz in die EU zu führen. Wer will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, geht bei den eidgenössischen Wahlen an die Urne – und wählt SVP.

Eine Zuwanderung von über 80'000 Personen – was der Bevölkerung der Stadt Luzern entspricht – pro Jahr ist für unser Land nicht zu verkraften. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben entschieden, dass dies nicht so weiter gehen darf, weil die Schweiz ansonsten bereits in wenigen Jahren 10 Millionen Einwohner zählt, zubetoniert und überfüllt ist. Wer will, dass dieser Volksentscheid zur Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung endlich umgesetzt wird, muss Politikerinnen und Politiker ins Parlament entsenden, welche dieses Ziel ebenfalls verfolgen. Auch die Ausschaffung krimineller Ausländer ist fast 5 Jahre nach Annahme der Ausschaffungsinitiative nicht umgesetzt. Der Grund: Ausser den SVP-Vertretern im eidgenössischen Parlament sträuben sich alle Politiker, Kriminelle auszuweisen. Dank der SVP-Durchsetzungsinitiative kann es nun das Volk

im kommenden Jahr nochmals richten und den Politikern den Weg weisen. Schneller ginge es, wenn im Bundeshaus die richtigen Volksvertreterinnen und Volksvertreter sitzen würden. Deshalb sind Wahlen wichtig. Ungeachtet des Chaos in der EU mit Griechenland, schwacher Währung, offenen Grenzen für Migranten aus der ganzen Welt und zentralistischer Arroganz, wollen Bundesrat und Parlament die Schweiz schleichend der EU anschliessen. Über ein sogenanntes institutionelles Rahmenabkommen soll unser Land zwingend das EU-Recht übernehmen, und die Schweiz soll sich dem Gerichtshof der Europäischen Union unterstellen. Wer das verhindern will, hat nur eine Wahl: bei den National- und Ständeratswahlen am 18. Oktober 2015 an die Urne gehen und SVP wählen.

Kommentar

Sie haben die Wahl

Am 18. Oktober können die Schweizerinnen und Schweizer das eidgenössische Parlament neu wählen. Haben Sie an den letzten Wahlen teilgenommen? Gehen Sie vielleicht nur bei Sachabstimmungen an die Urne? Oder haben Sie genug, da die in Bern sowieso machen, was sie wollen? Überlegen Sie es sich gut. Jede zusätzliche Stimme entscheidet im Parlament über Erfolg und Nichterfolg Ihrer Anliegen in ausländer- und europapolitischen Fragen.

Bereiten Ihnen die grenzenlose Einwanderung, die jährlich 30'000 Asylsuchenden, welche in der Schweiz ein besseres Leben suchen, die damit zusammenhängenden Missbräuche im Sozialwesen oder die ausufernde Kriminalität Sorge? Auch dann sollten Sie am 18. Oktober wählen gehen. Die SVP ist die einzige Partei, die die Zuwanderung begrenzen und mit den Missbräuchen im Asylwesen aufräumen will. Wählen Sie eine andere Partei, wird die Politik der masslosen Zuwanderung und des Schönredens weitergehen.

In den letzten vier Jahren waren die Mehrheiten im Parlament und in der Regierung mitte-links. Nicht genehme Volksentscheide werden nicht beachtet. So bei der Begrenzung der Zuwanderung, der Ausschaffung krimineller Ausländer, der Verwahrung gefährlicher Straftäter, oder dass Pädophile nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen. Mitte-Links hat auch beschlossen, dass sich die Schweiz noch stärker in die EU einbinden lassen soll und wir auf unser selbstbestimmtes Recht verzichten sollen. Wenn Sie diese Mehrheitsverhältnisse im Parlament korrigieren wollen, gehen Sie an die Urne. Wenn Sie wollen, dass die Schweiz ein eigenständiges und freies Land bleibt, haben Sie am 18. Oktober nur eine Wahl: SVP.



Toni Brunner

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz



Frei bleiben! – SVP wählen.
www.graubuendenwaehlt.ch

Liste 7



Frei bleiben! – SVP wählen.
www.graubuendenwaehlt.ch

Liste 5

Es braucht neue Mehrheiten im Parlament

Die Mehrheiten im eidgenössischen Parlament lagen in den letzten vier Jahren oft mitte-links. SVP und FDP halten im Nationalrat derzeit 87 Sitze. Zählt man je nach Thema noch einzelne Vertreter der Mitte-Parteien zum bürgerlichen Lager, reicht es noch immer nicht für die notwendigen 101 Stimmen, um eine sichere Mehrheit zu bilden.

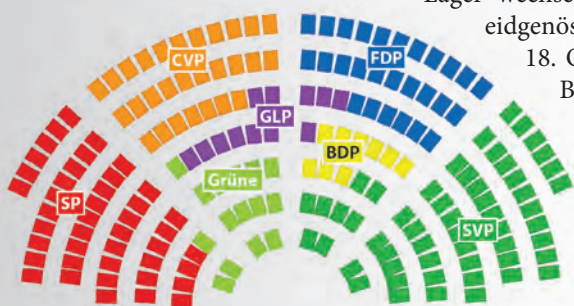


Adrian Amstutz,
Fraktionspräsident,
Sigriswil (BE)

Im Ständerat sieht es noch problematischer aus, weil die SVP über zu wenige Sitze verfügt. Das heisst konkret, dass unter der Führung der linken Parteien massgebliche Weichen in Richtung mehr Staat, zusätzliche Ausgaben, weniger Freiheit, weni-

ger Sicherheit und einer grenzenlosen Zuwanderung gestellt wurden. Das ist auch der Grund, weshalb die SVP in den letzten Jahren gezwungen war, in wichtigen Fragen zu Volksinitiativen zu greifen, z.B. im Bereich der Masseneinwanderung, der Ausschaffung krimineller Ausländer oder der rechtlichen Selbstbestimmung der Schweiz.

Um auf breiter Front etwas zu bewegen, ist es jedoch entscheidend, dass die Mehrheiten im Parlament wieder in Richtung Mitte-Rechts kippen. Dazu bräuchte es nur wenige Sitze, die vom linken ins rechte Lager wechseln. Deshalb sind die eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober von zentraler Bedeutung.



Sitzverteilung im
Nationalrat

02.06.2015: Aufblähung der staatlichen Kulturförderung



Der Bundesrat wollte die Kulturförderung für die kommenden vier Jahre auf über 1,1 Milliarden Franken anheben. Die SVP sprach sich für Masshalten und die Beibehaltung auf dem bisherigen Stand aus, was von einer satten Mitte-Links-Mehrheit abgelehnt wurde.

14.12.2012: Ausbau der Bürokratie über flankierende Massnahmen



Statt die Zuwanderung zu begrenzen, hat Mitte-Links massive Eingriffe in den flexiblen Arbeitsmarkt beschlossen, welche zu mehr Bürokratie, Kontrollen und staatlichen Eingriffen führen.

06.05.2015: Ausgabenexplosion beim Bund



SVP und FDP wollten die ausufernden Bundesausgaben (Verdoppelung seit 1990) auf dem Stand von 2014 plafonieren (64 Milliarden Franken). Die Parlamentsmehrheit will den Staat weiter ausbauen. Ein vermittelnder Antrag wurde im Nationalrat mit nur acht Stimmen Unterschied abgelehnt.

05.06.2012: Massive Aufstockung der Entwicklungshilfe



Eine masslose Aufstockung der Entwicklungs- und Auslandshilfe auf jährlich rund 3 Milliarden Franken wurde von beiden Räten gegen den Widerstand der SVP einfach durchgewunken.

Wir dürfen unsere Identität nicht aufgeben

Die massive Zuwanderung führt früher oder später zu grossen Spannungen, denn fremde Kulturen können nicht unbegrenzt integriert werden. Die Zuwanderung hat Auswirkungen auf die Stimmung am Arbeitsplatz, auf die Schulen, aber auch auf unsere gelebte Kultur.



Die Zuwanderung von netto 80'000 Personen pro Jahr führt früher oder später zu grossen Spannungen. Fremde Kulturen können nicht unbegrenzt integriert werden.

Es ist eine historische Leistung, dass die Schweiz als Land von vier Sprachen und unterschiedlichen Kulturen eine starke nationale Identität und einen inneren Zusammenhalt entwickelt hat. Eine eigentliche Gefahr für den Zusammenhalt des Landes geht jedoch von einer masslosen Zuwanderung aus. Rund 750'000 Personen sind in den letzten zehn Jahren netto in die Schweiz eingewandert. Geht die Entwicklung so weiter, wird die Bevölkerung der Schweiz in 20 Jahren zur Hälfte aus Ausländern und Eingebürgerten bestehen.

Auswirkungen auf alle Lebensbereiche

Bereits heute spüren wir beispielsweise die Auswirkungen der Ausbreitung

des islamischen Glaubens in unserem Land. Gesichtverschleierung, die Forderung nach muslimischen Friedhöfen oder nach einer Anerkennung als Landeskirche führen schon jetzt zu Diskussionen und Spannungen. Schulklassen, in denen es ausschliesslich ausländische Kinder gibt, oder Ortschaften, die bereits heute einen Ausländeranteil von mehr als 50% haben, sind eine Realität. Ein Kulturwandel findet auch am Arbeitsplatz statt, z.B. über ausländische Chefs, welche Kaderstellen wiederum mit ihren Landsleuten besetzen.

Wir passen uns an

Die vielleicht grösste Veränderung findet aber in unseren Köpfen statt. Wir passen uns an, nehmen Rück-

sicht, stellen Gewohnheiten um, verzichten auf kulturelle Eigenheiten, um andere nicht vor den Kopf zu stossen. Auch hier sollten wir Gegensteuer geben. Damit die Schweiz Schweiz bleibt.



Walter Wobmann, Nationalrat
und Ständeratskandidat,
Gretzenbach (SO)

Soziale Sicherheit in Gefahr

46% der Arbeitslosen und der Sozialhilfebezüger sind heute Ausländer. Dieser Wert ist doppelt so hoch wie der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung. Durch die Masseneinwanderung tickt in unseren Sozialwerken eine Zeitbombe.



Jürg Stahl, Nationalrat und Mitglied
Kommission für soziale Sicherheit und
Gesundheit, Brütten (ZH)

Nach und nach muss auch der Bundesrat zugeben, dass die Folgen einer masslosen Einwanderung für unsere Sozialwerke kaum abzusehen sind. Während beispielsweise die AHV

heute durch die massive Zuwanderung noch zusätzliche Beitragszahler erhält, ist auch für den Bundesrat klar, dass «dieser Zufluss jedoch zu zukünftigen Rentenansprüchen» führt. Oder anders ausgedrückt: Die AHV kann nicht langfristig durch ein Schneeballprinzip finanziert werden.

Belastete Arbeitslosenversicherung

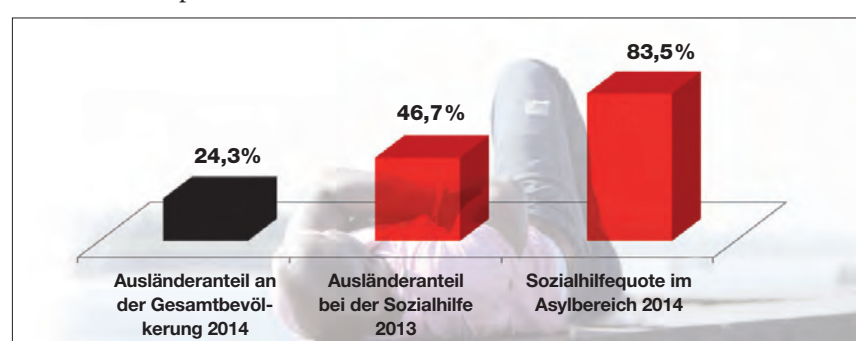
Bei der Arbeitslosenversicherung sind bereits heute die belastenden Effekte der Zuwanderung zu spüren. Während die Schweizerinnen und Schweizer insgesamt deutlich mehr einzahlen als sie beziehen, finanziere-

ren EU-Bürger anteilmässig nur noch 80% der von ihnen bezogenen Leistungen selbst. Personen aus Nicht-EU-Ländern beziehen prozentual gar dreimal mehr Leistungen, als von ihnen einbezahlt werden. Eine Verschlechterung der Wirtschaftslage könnte diesen Zustand rasch verschärfen.

Pulverfass Sozialhilfe

Hoch problematisch ist schliesslich die Situation im Bereich der Sozialhilfe, deren Kosten sich zwischen 2003 und 2012 auf 2,4 Milliarden Franken verdoppelt haben. Hier schlägt insbesondere die hohe Sozialhilfequote im Asylbereich zu Buche. Über 83% der Personen im Asylbereich beziehen Sozialhilfe.

In einzelnen Bevölkerungsgruppen, wie den Eritreern, steigt dieser Wert auf über 90%. Diese Personen werden kaum je eine Arbeit finden und langfristig die Finanzen der Gemeinden massiv belasten, was zu Steuererhöhungen und sozialen Spannungen führen wird.



Ausländer in der Schweiz beziehen doppelt so oft Sozialhilfe, 8 von 10 Personen im Asylbereich beziehen ebenfalls Sozialhilfe.

Impressum

EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 2'943'992
Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58
Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations, 8450 Andelfingen | Bildquellen: iStockphoto, admin.ch, AZ, parlament.ch, Swisspanorama.ch, Anita Troller (InterConnections Zürich), SVP Schweiz | Karikaturen: Martin Gohl | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG. Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Die Schweiz nicht zubetonieren

Jede Sekunde gehen in der Schweiz 1,1 Quadratmeter Kulturland verloren. Umgerechnet auf ein Jahr entspricht das einer Fläche von sage und schreibe 4500 Fussballfeldern. Ein Haupttreiber für die Ausdehnung der überbauten Fläche ist die Zuwanderung. Nur wenn wir auch hier Mass halten, können wir unseren Lebensraum erhalten.



Hannes Germann, Ständerat, Opfertshofen (SH)

Die aktuelle Masseneinwanderung von 80'000 Personen netto pro Jahr führt zu einem Bedarf von jährlich rund 35'000 Wohnungen, ebenso müssen die Infrastrukturen (Stras-

sen, Schienen, Schulhäuser, Energieversorgung, Wasser, Abwasser usw.) an diese Entwicklung angepasst werden. Drei Viertel unserer Fläche sind unproduktiv. Die explodierende Zunahme der Einwanderung geht somit insbesondere auf Kosten unserer landwirtschaftlichen Nutzfläche. Vielerorts gleicht das Mittelland mehr und mehr einem durchgehenden Siedlungsraum. Der natürliche Lebensraum ist eine wichtige Grundlage für die Lebensqualität, aber auch für die Versorgung unseres Landes mit Lebensmitteln. Wir sollten auch unseren Kindern und Enkeln noch etwas von der Schönheit und Einzigartigkeit unseres Landes übrig lassen.

Kriminelle Ausländer endlich ausschaffen

Vor fast fünf Jahren – im November 2010 – sagten Volk und Stände Ja zur Ausschaffungsinitiative. Ausländer, welche wegen einer schweren Straftat verurteilt worden sind, sollen die Schweiz verlassen müssen. Trotz des klaren Entscheids wollen Bundesrat und Parlament die Initiative bis heute nicht umsetzen. Jetzt muss das Volk noch einmal an die Urne.

Seit Annahme der Ausschaffungsinitiative hält die Verfassung fest, dass ausländische Straftäter, welche wegen eines schweren Gewalt- oder Sexualdelikts, Drogenhandels, Einbruchs oder Sozialhilfe-Missbrauchs verurteilt wurden, nach Verbüßung ihrer Strafe die Schweiz verlassen müssen und eine Einreiseperrre erhalten. Das Mitte-Links-Parlament hat nun aber ein völlig wirkungsloses Ausführungsgesetz erlassen.

Sicherheit wird vernachlässigt
Statt einer konsequenten Umsetzung der Ausschaffungsinitiative wollen Bundesrat und Mitte-Links-Parteien eine sog. «Härtefallklausel». So finden die Richter immer eine Begründung, weshalb der Straftäter nicht gehen muss:

Rund die Hälfte aller Straftäter sind Ausländer!

Tötungsdelikte (StGB Art. 111–114):	57,7% Ausländer
Schwere Körperverletzung (StGB Art. 122):	50,0 % Ausländer
Einbruchdiebstahl (StGB Art. 139):	73,1% Ausländer
Vergewaltigung (StGB Art. 190):	61,4 % Ausländer
Menschenhandel (StGB Art. 182):	95,7% Ausländer
Freiheitsberaubung/Entführung (Art. 183):	52,6 % Ausländer

Quelle: BFS, polizeilich registrierte Beschuldigte 2014

Drogendealer X habe ein Kind in der Schweiz (auch wenn er sich noch nie um dieses gekümmert hat), Mörder Y sei schon ein paar Jahre in der Schweiz und deshalb integriert, er habe im Gefängnis grosse Fortschritte in der deutschen Sprache gemacht usw.

Derzeit werden nur etwa 500 kriminelle Ausländer pro Jahr in ihre Heimat zurückgeschickt. Eine beängstigend kleine Zahl, wenn man sich die Statistik der Expertengruppe des Bundes vor Augen führt: Nach dem Deliktskatalog der Initiative müssten jedes Jahr rund 16'000 ausländische Straftäter unser Land verlassen. Rund die Hälfte – also ca. 8'000 Täter – sind illegal in der Schweiz. Diese Zahlen verdeutlichen das enorme Risiko, welches die bisherige Ausweisungspraxis für die öffentliche Sicherheit in unserem Land bedeutet.

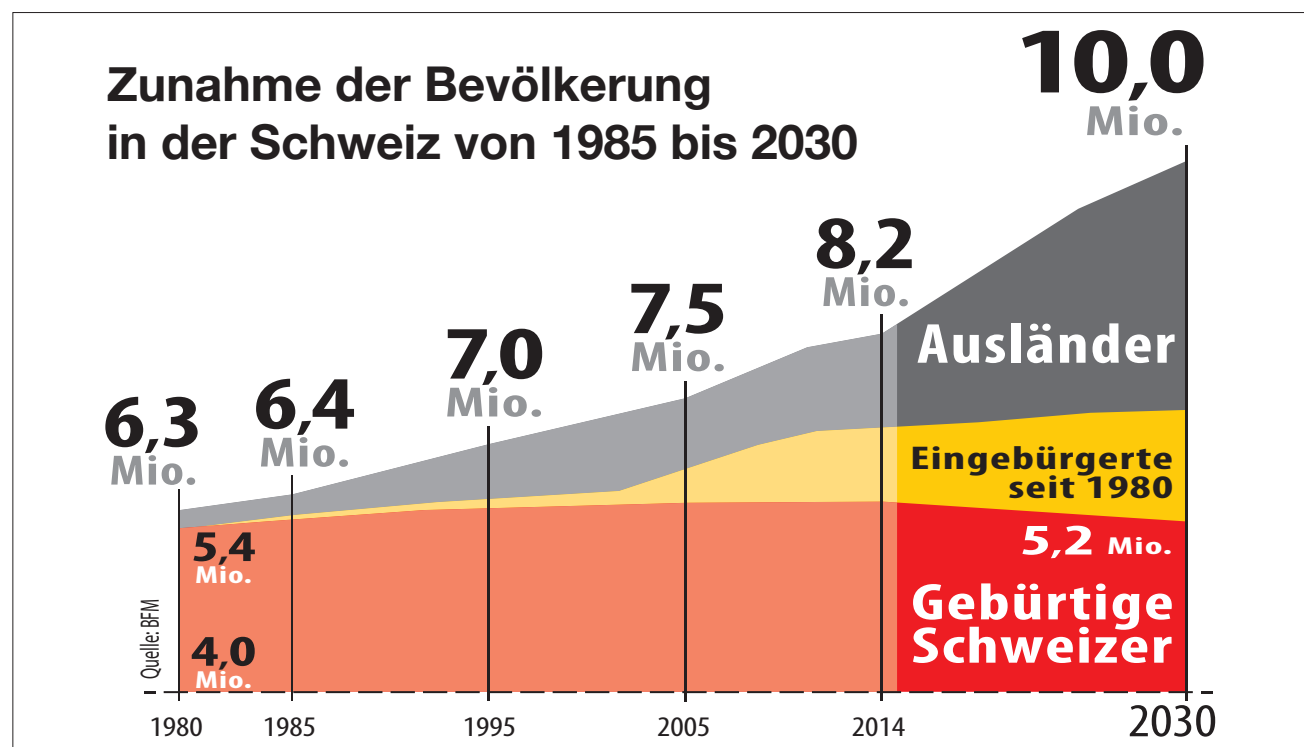
Durchsetzungs-Initiative

Im Jahr 2016 wird das Volk an der Urne mit der Durchsetzungs-Initiative die Ausschaffung krimineller Ausländer

der erzwingen müssen. Die Initiative umfasst einen Deliktskatalog, der in der Bundesverfassung festgehalten und direkt anwendbar ist. So kann sich der Souverän endlich gegen die Behörden und Politiker durchsetzen, welche seit Jahren die Arbeit verweigern.



Natalie Rickli, Nationalrätin, Winterthur (ZH)



Rund 750'000 Personen sind in den letzten zehn Jahren netto in die Schweiz eingewandert. Geht die Entwicklung so weiter, wird die Bevölkerung der Schweiz 2030 zur Hälfte aus Ausländern und Eingebürgerten bestehen.

Wie viel Zuwanderung verträgt die Schweiz?

Roger Köppel, Chefredaktor der Weltwoche im Interview mit dem Extrablatt zum Wohlstand, Wachstum und zur Umsetzung des Verfassungsauftrages zur Begrenzung der Zuwanderung. Er will nicht mehr länger von aussen beobachten, wie in Bern das Erfolgsmodell Schweiz demontiert wird. Es ist Zeit, aktiv Partei zu nehmen – für die Schweiz.

Braucht die Schweiz wirtschaftliches Wachstum?

Roger Köppel: Ja. Die Schweiz ist ein Land ohne Bodenschätze und Kolonien. Sie lebt ausschliesslich vom Fleiss, von der Tüchtigkeit und von der Innovationskraft der hier arbeitenden Menschen und Unternehmen im Rahmen einer möglichst freien Wirtschaftsordnung.

Hängt dieses Wachstum von der Zuwanderung ab?

Nein. Aber eine massvolle und nach den richtigen Kriterien gesteuerte Zuwanderung ist im wirtschaftlichen Interesse der Schweiz. Was wir jetzt haben, eine unkontrollierte Massenzuwanderung, schadet der Schweiz, auch der Wirtschaft.

Gehört zu einer liberalen Politik nicht auch die Personenfreizügigkeit?

Nein. Die Personenfreizügigkeit ist eine Fehlkonstruktion wie der Euro.

Welche Folgen erwarten Sie, wenn sich die Zuwanderung im Ausmass der letzten Jahre fortsetzt?

Mehr Kriminalität, mehr Arbeitslosigkeit,

mehr Verkehrsüberlastung, höher verschuldete Sozialwerke, mehr Überbauung, mehr Stress und Unzufriedenheit bei den Schweizerinnen und Schweizern, weniger Produktivität und weniger Wohlstand.

Weshalb tut sich die Politik so schwer, den Volksentscheid vom 9. Februar 2014 umzusetzen?

Die Politiker wollten diesen Entscheid von Anfang an nicht. Der Bundesrat und eine Mehrheit in Bern bekämpften ihn massiv. Jetzt setzen sie alles daran, damit er nicht umgesetzt wird – neuerdings machen auch die Wirtschaftsverbände mit im Kampf gegen die SVP. Dahinter stecken kurzfristige Machtinteressen und Eigennutz. Die Personenfreizügigkeit bringt billige Arbeitskräfte für die Wirtschaft. Der Bundesrat steht wie das Parlament Mitte-Links. Man will näher an die EU ran, weil in der EU die Politiker das Sagen haben und nicht die Bürger. Die Politiker wollen sich aus der unbequemen direkten Demokratie befreien. Deshalb strebt der Bundesrat einen EU-«Rahmenvertrag»

an, der die Schweiz europäischem Recht und europäischen Richtern unterstellen würde.

Was tun wir, wenn die EU nicht über eine Anpassung der Personenfreizügigkeit verhandeln will?

Umsetzen! Der Zeitpunkt ist günstig. Die EU hat viele Probleme. Ich glaube nicht, dass die EU jetzt auch noch das letzte Land in Europa kaputt machen will, das seine Rechnungen gegenüber der EU pünktlich bezahlt – ohne, dass man ihm vorher einen Milliardenkredit geben muss.

Wohin bewegt sich die Schweiz in den nächsten Jahren?

In Bern dominiert parteiübergreifend die Linke. Links heisst: Immer mehr Staat, immer mehr Steuern und Abgaben, immer mehr EU und immer mehr unkontrollierte Zuwanderung, legal und illegal. Ich bleibe aber optimistisch. Ich glaube und hoffe, dass die Bürgerlichen in den nächsten Wahlen zulegen werden. Die SVP ist der Fels in der Brandung.

Was ist Ihre Motivation, in die Politik einzusteigen?

Schreiben allein genügt nicht mehr. Ich kann nicht länger von aussen beobachten, wie in Bern das Erfolgsmodell Schweiz demontiert wird. Es ist Zeit, aktiv Partei zu nehmen – für die Schweiz.

Was, glauben Sie, können Sie in Bern bewegen?

Ich stehe zur Schweiz. Ich verteidige die

Schweiz als Journalist, auch gegenüber Angriffen aus dem Ausland, etwa im deutschen Fernsehen. Sollte ich gewählt werden – was noch ein weiter Weg ist, – werde ich meine Stärken dafür einsetzen, dass die Schweiz nicht an die EU verschenkt und kaputt gemacht wird. Ich möchte mich auch für eine verbesserte bürgerliche Zusammenarbeit einsetzen. Man muss die kleinkarierten Empfindlichkeiten zurückstellen. Es geht um die Schweiz.

Roger Köppel

- ▶ Nationalratskandidat Zürich
- ▶ Chefredaktor und Verleger der Weltwoche
- ▶ Medienunternehmer und Publizist
- ▶ verheiratet, 3 Kinder
- ▶ Jahrgang 1965, wohnhaft in Küsnacht (ZH)



Bilaterale: Ja, aber nicht um jeden Preis

Die Schweiz ist eine der offensten Volkswirtschaften der Welt. Ein enger Austausch mit dem Nachbar EU stellt dabei eine Selbstverständlichkeit dar. Die bilateralen Beziehungen müssen aber stets auf Augenhöhe und im gegenseitigen Interesse stattfinden. Und sie sind kein Selbstzweck, wie man das in der aktuellen Debatte bisweilen meinen könnte.



«Es wäre für die Schweiz geradezu selbstzerstörerisch, für einzelne Verträge mit der EU Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und den politischen Handlungsspielraum aufzugeben.»

Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer, Meilen (ZH)

Die Schweiz ist mit der EU über nicht weniger als 283 bilaterale Verträge verbunden, welche verschiedenste Bereiche regeln, angefangen vom Freihandelsabkommen von 1972 bis zum Abkommen über den automatischen Informationsaustausch, das noch nicht einmal vom Parlament beraten wurde. Im Fokus stehen derzeit die sieben Verträge des Paketes Bilaterale I, welche 1999 abgeschlossen wurden. Volk und Stände haben im vergangenen Jahr beschlossen, dass aus diesem Paket das Abkommen über die Personenfreizügigkeit nicht mehr in der bisherigen Form weitergeführt werden soll, weil die Auswirkungen für die Schweiz mit zu grossen Nachteilen verbunden sind. Die Masseneinwanderung von jährlich rund 80'000 Personen belastet die Volkswirtschaft, Infrastrukturen, das Landschaftsbild und die Lebensqualität in zunehmendem Mass.

Keine Abschottung

Die anderen sechs Verträge des Paketes Bilaterale I betreffen den Landverkehr, den Luftverkehr, die technischen Handelshemmnisse, das öffentliche

Beschaffungswesen, die Landwirtschaft und die Forschung. Diese Verträge können aus Sicht der Schweiz weitergeführt werden, sie sind aber nicht alle gleich wichtig für die Schweiz. So ist das Landverkehrsabkommen vor allem für die EU von grosser Bedeutung. Es darf zudem nicht vergessen werden, dass das Personenfreizügigkeitsabkommen seinerzeit nicht dem Wunsch der Schweiz entsprach. Die Schweiz kann gut auf ein solches Abkommen verzichten, falls kein neues ausgehandelt werden kann, da sie die gewünschten Arbeitskräfte aus dem Ausland jederzeit rekrutieren kann, falls der inländische Arbeitsmarkt die Bedürfnisse der Wirtschaft nicht vollumfänglich befriedigt.

Auf die eigenen Stärken vertrauen

Da die Abkommen der Bilateralen I miteinander verknüpft sind, stellt sich die Frage, was geschieht, wenn das Personenfreizügigkeitsabkommen dahinfallen würde. Betroffen wären dadurch in erster Linie nur die erwähnten sechs der insgesamt 283 Ab-

kommen. Ob die EU auf diese Abkommen verzichten möchte, ist zudem fraglich. Die Schweiz gehört auch für die EU zu den wichtigsten Handelspartnern. Sie exportiert mehr in die Schweiz, als unsere Wirtschaft in den EU-Raum. Die Unternehmen in der EU wollen den Absatzmarkt Schweiz unter keinen Umständen verlieren. Zudem ist der grenzüberschreitende Handel primär durch die Regeln der Welthandelsorganisation WTO und des Freihandelsabkommens abgesichert.

Beziehungen zur EU nicht überhöhen

Es wird also in jedem Fall einen pragmatischen Weg geben. Die EU ist ein wichtiger Handelspartner. Die Schweizer Wirtschaft muss sich aber global ausrichten und sollte sich nicht in einseitige Abhängigkeiten begeben. Das zeigt derzeit gerade die Euro-Krise. Zudem wäre es geradezu selbstzerstörerisch, für einzelne Verträge Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und den politischen Handlungsspielraum aufzugeben.

Frei bleiben – ohne EU

Unabhängigkeit und Selbstbestimmung verschafften der Schweiz bis heute die notwendigen Standortvorteile; ein Grund für unseren wirtschaftlichen Erfolg und unseren Wohlstand. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, dürfen wir uns auf keinen Fall durch neue Verträge von der EU fremdbestimmen lassen.



Nadja Pieren, Nationalrätin, Burgdorf (BE)

«Als weltoffenes Nicht-EU-Mitglied ist die Schweiz ideal positioniert.»

Im Vergleich zu den EU-Ländern geht es der Schweiz sehr gut. Den Erfolg der vergangenen Jahrzehnte verdanken wir dem Umstand, dass wir als weltoffenes Nicht-EU-Mitglied immer selber über uns bestimmen durften. Unsere gelebte direkte Demokratie, der Föderalismus und ein ausgeprägter Sinn für persönliche und unternehmerische Freiheit verleihen dem Standort Schweiz seine Einzigartigkeit.

Selbstbestimmung erhalten

Auf Druck von aussen, aber auch durch politische Opportunisten im eigenen Land wurden in den vergangenen Jahren Standortvorteile, welche die Schweiz für Arbeitsplätze, Investitionen und Innovationen attraktiv machten, abgebaut. Wichtige Qualitäten wie die Privatsphäre, ein flexibler Arbeitsmarkt und ein schlanker Staat werden von Mitte-Links in Frage gestellt und sogar leichtfertig aufgegeben: ein Weg in die falsche Richtung, weil dadurch die Wirtschaft und die Selbstbestimmung im eigenen Land geschwächt werden.

Eigene Rechte beschnitten

Die wohl verhängnisvollste Entwicklung ist die schleichende Aufgabe unserer rechtlichen und politischen Selbstbestimmung. Wir geben Kompetenzen an internationale Organisationen und Gerichte ab. Dynamische Verträge mit der EU, Konventionen und Richtlinien im Bereich des Europarats, der UNO oder der OECD schwächen unsere direkte Demokratie, also die Selbstbestimmung durch den Souverän, das Volk und die Stände. Die eigenständige Rechtsentwicklung der Schweiz wird immer mehr eingeeengt.

Selbstbestimmungsinitiative

Die Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» gibt hier Gegensteuer. Sie sichert der Schweiz auch in Zukunft Entscheidungen durch das Volk und eine rechtliche Selbstbestimmung. Das ist unerlässlich für die Sicherung des Erfolgsmodells Schweiz.

Jetzt unterschreiben!

www.selbstbestimmungsinitiative.ch



«Denn hier bestimmen wir!»



Hansjörg Knecht

- Nationalrat und Ständeratskandidat Kanton AG
- Geschäftsführer und Mitinhaber der Knecht Mühle AG, Leibstadt
- Jahrgang 1960
- wohnhaft in Leibstadt
- verheiratet mit Rita



«In der direkten Schweizer Demokratie ist das Volk der Chef. Das hat sich bewährt. Volksvertreter sind keine Könige, sie sind «Knechte» des Volkes.»

Als Unternehmer weiss Hansjörg Knecht, dass es noch viel Spielraum gibt, den Arbeitsplatz zu entlasten und damit Arbeitsplätze in der Schweiz zu sichern.

Die Knecht Mühle AG – ein unabhängiger Familienbetrieb – ist in der Schweiz eine bedeutende Weizen- und Spezialmühle mit eigener Getreidesammelstelle. Im 24-Stunden-Betrieb werden vollautomatisch erstklassige Mehle für das tägliche Brot von über 300'000 Menschen produziert.

EU-Politik des Bundesrates mit gezinkten Karten

Welchen Zielen die schweizerische Aussenpolitik zu dienen hat, ist in Artikel 2 der Bundesverfassung festgeschrieben: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes.» Das Volk und dessen Vertreter im National- und Ständerat haben die Aussenpolitik des Bundesrats zu kontrollieren.



Lukas Reimann, Nationalrat, Wil (SG)

Wie sieht heute die aussenpolitische Realität aus? Die Schweiz befindet sich in einer Phase schleichender Preisgabe von Souveränität, Volksrechten und Neutralität. Seit 1992 liegt in Brüssel ein Gesuch um Verhandlungen über einen Beitritt der Schweiz zur EU. Der Bundesrat hat den EU-Beitritt zum «strategischen Ziel» erklärt. Dieses Ziel der bundesrätlichen EU-Politik wird bewusst verschleiert. Bern ist sogar bereit, die «dynamische Rechtsentwicklung» der EU widerspruchslos zu übernehmen und sich von Brüssel freiwillig einen Kolonialvertrag zur Unter-

schrift diktieren zu lassen. Das sei zwingend und dringend nötig, um den erfolgreichen «bilateralen Weg» weiter beschreiten zu können, wird fabuliert.

Gesamtpaket mit Sprengstoff...

Die SVP unterstützt Verträge mit der EU nur, wenn diese die Interessen der Schweiz wahren und keine

«dynamische» oder «automatische» Übernahme künftigen Rechts beinhalten. Statt der Fixierung auf die EU wäre Weltoffenheit zur Teilnahme der Schweiz an den zukunfts-trächtigen Wachstumsmärkten ohnehin vielversprechender – und diese Märkte entwickeln sich heute hauptsächlich ausserhalb der EU. Ende Juni dieses Jahres verkündete

Aussenminister Didier Burkhalter, der Bundesrat habe nach einer europapolitischen Aussprache beschlossen, zur Umsetzung des Verfassungsauftrags vom 9. Februar 2014 zur Steuerung der Zuwanderung nur noch punktuelle Anpassungen an der EU-Personenfreizügigkeit anzustreben. Das soll in ein Gesamtpaket mitsamt einem insti-

tutionellen Rahmenabkommen mit der EU verpackt werden.

Taschenspielertricks statt Klarheit

Das sind Taschenspielertricks: Das Rahmenabkommen sieht nämlich die «dynamische» Übernahme von EU-Recht und in Auslegungs- und Streitfragen die Unterwerfung unter den EU-Gerichtshof (fremde Richter) vor.

Dass der Bundesrat erst nach den eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober dieses Jahres die Karten aufdecken will, ist reine Geheimniskrämerei aus wahltaktischen Überlegungen. Die SVP fordert den Bundesrat auf, Stimmbürgerschaft und Parlament zeitgerecht und umfassend über seine aussenpolitischen Absichten zu informieren.

Eine institutionelle Einbindung in die EU liegt nicht im Interesse der Schweiz, sondern ist eine Forderung der EU, um ihre Interessen und ihren Machtanspruch in der Schweiz umfassend durchzusetzen. Ein solcher Vertrag macht unser Land zu einem Satellitenstaat und führt faktisch zum EU-Anschluss. Das wäre die Selbstaufgabe der Schweiz. Die SVP wird alles daransetzen, dass der Bundesrat die Schweiz nicht in die EU führt.



Die Taschenspielertricks des Bundesrates: Das geplante Rahmenabkommen sieht nämlich die «dynamische» Übernahme von EU-Recht und in Auslegungs- und Streitfragen die Unterwerfung der Schweiz unter den EU-Gerichtshof (fremde Richter) vor.

Rahmenvertrag ist für die Wirtschaft brandgefährlich

Der vom Bundesrat geplante Rahmenvertrag mit der EU zur institutionellen Einbindung der Schweiz birgt enorme Risiken für unsere Wirtschaft. Mit einer dynamischen Übernahme von EU-Recht und der Akzeptanz des EU-Gerichtshofes als oberstes Gremium bei der Auslegung des Rechts wird die inzwischen sozialistisch geprägte Regulierungsflut aus Brüssel ungebrems auf die Schweiz überschwappt. Dies bringt ungeahnte Staatsinterventionen und wirtschaftsfeindliche Bürokratie, in erster Linie zu Lasten unserer Unternehmen.



Jean-François Rime, Nationalrat und Präsident Schweizerischer Gewerbeverband, Bulle (FR)

Das neue Lebensmittelrecht zeigt, in welche Richtung sich diese dynamische Rechtsübernahme jetzt bewegt und noch in verstärktem Mass und auch in allen anderen wirtschaftspolitisch relevanten Bereichen entwickeln wird. Das neue Lebensmittelgesetz löst eine Regulierungswelle mit 29 Verordnungen aus. Mindestens 9 neue Verwaltungsstellen und zusätzliche Millioneninvestitionen im Bereich Informatik allein auf Stufe Bund sind die Konsequenz daraus. Jetzt können wir noch das Schlimmste verhindern und Korrekturen anbringen. Bei einer dynamischen Rechtsübernahme müsste die Schweiz aber zwingend das EU-Recht übernehmen. Die Wirtschaft wäre der Regulierungsflut aus Brüssel ungeschützt ausgeliefert.

Die Branchen werden bevormundet und gegängelt, der Bürokratieapparat weiter aufgebläht. Gleiches gilt allgemein unter den Schlagworten Konsumentenschutz, Umweltschutz oder Prävention. Das Gewerkschaftsrecht würde weiter ausgebaut. Solidarhaftungen, aussernde Arbeitszeiterfassungspflichten und Ferienregulierungen, neue

Quotenregelungen, Lohndiskriminierungspolizei, die Möglichkeit von Sammelklagen, Unisextarife oder ein ausgedehnter Elternurlaub werden bei einer Anpassung an die EU die Wirtschaft zusätzlich belasten, die Freiheit der Bürger beschneiden, die Steuern in die Höhe treiben und unseren flexiblen Arbeitsmarkt zerstören.



Ein Rahmenvertrag mit der EU würde den Gesetzes- und Regulierungswahnsinn weiter ankurbeln. Dies verursacht nebst hohen Kosten mehr Arbeitslose in der Schweiz.



Die EU entwickelt sich immer mehr zu einer Umverteilungsmaschine von reichen zu armen Ländern. Deshalb will die EU die wohlhabende Schweiz dabei haben!

Die SVP in Kürze

-  Wir zählen rund 90'000 Mitglieder.
-  Wir stehen für eine unabhängige, freiheitliche und neutrale Schweiz ein. Einen EU-Anschluss oder -Beitritt lehnen wir kategorisch ab.
-  Die SVP hat seit den letzten Nationalratswahlen 2011 in 19 von 24 Kantonen die Wahlen gewonnen. Das heisst, sie hat an Wählerstärke zugelegt und / oder zusätzliche Parlamentsmandate erzielen können.
-  Die SVP hat heute 54 Nationalratssitze und 5 Ständeratssitze und hofft, bei den Wahlen vom 18. Oktober 2015 diese Sitze mindestens halten zu können.

Mehr Infos unter: www.svp.ch

Die SVP-Parteileitung 2014/2015



TONI BRUNNER
Parteipräsident (SG)



ADRIAN AMSTUTZ
Fraktionspräsident (BE)



NADJA PIEREN
Vizepräsidentin (BE)



OSKAR FREYSINGER
Vizepräsident (VS)



LUZI STAMM
Vizepräsident (AG)



CHRISTOPH BLOCHER
Vizepräsident (ZH)



WALTER FREY
Vizepräsident (ZH)



JUDITH UEBERSAX
Vizepräsidentin (SZ)



CLAUDE-ALAIN VOIBLET
Vizepräsident (VD)

Tradition hat einen Namen: SVP.



FREI BLEIBEN!

WAHL- VERSPRECHEN

Damit die Schweiz Schweiz bleibt.

Unabhängigkeit, Eigenständigkeit, direkte Demokratie, Neutralität und Föderalismus sind die Staatssäulen, die unsere Vorfahren erschaffen und erkämpft haben und die wir verteidigen. Dies im Wissen, dass es keine Freiheit ohne Sicherheit gibt.

Im Bundesbrief, am Beginn unserer Eidgenossenschaft, gelobten die Gründer unseres Landes ebenso, keine fremden Richter anzuerkennen.

Unsere Bundesverfassung nimmt in der Präambel auf, dass nur frei ist, wer seine Freiheit gebraucht, und dass die Stärke des Volkes sich am Wohl der Schwachen misst. In dieser Tradition versprechen die Kandidatinnen und Kandidaten der SVP gegenüber der Bevölkerung der Schweiz:

Wir wollen

-  keinen Anschluss an die EU und keine Anerkennung fremder Richter, damit wir selber unsere Geschicke bestimmen können;
-  die Zuwanderung begrenzen und keine 10-Millionen-Schweiz, damit wir weiterhin eine lebenswerte und intakte Heimat haben;
-  kriminelle Ausländer ausschaffen und die Missbräuche im Asylwesen bekämpfen, damit wir in Sicherheit leben können;
-  tiefe Steuern für alle und weniger staatliche Regulierungen, um Arbeitsplätze zu sichern.



Kandidatinnen und Kandidaten für den Nationalrat anlässlich des Wahlauftrages mit Wahlversprechen in St. Luzisteig (GR) am 22. August 2015.



www.svp.ch

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, PC: 30-8828-5

DESHALB AM 18. OKTOBER SVP WÄHLEN.

2 Fragen an unseren Bundesrat Ueli Maurer:

Wie schätzen Sie unser Verhältnis zur EU ein?

Es ist durch ein zentrales Missverständnis geprägt: Die EU versteht nicht, dass wir ein eigenständiges, unabhängiges Land bleiben wollen. Sie meint, wir wollen uns in die EU integrieren. Vielleicht machen wir ihr auch nicht immer genügend klar, dass das nicht unser Ziel ist. Sonst würde sie ja jetzt nicht fordern, dass wir uns ihrem Recht und ihren Richtern unterwerfen müssen. Damit würden wir unsere Unabhängigkeit aufgeben und wären faktisch ein Teil der EU.



Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)

Wo orten Sie in der Schweiz den grössten Handlungsbedarf, wenn es um die Sicherheit geht?

Er besteht an zwei Orten: Zum einen bei der inneren Sicherheit; die Kriminalität beeinträchtigt unsere Lebensqualität mittlerweile erheblich. Viele Leute sind verunsichert. Unsere Bürger haben Anspruch darauf, dass sie an Leib, Leben und Eigentum geschützt werden. Hier muss etwas geschehen, unter anderem sind kriminelle Ausländer endlich konsequent auszuschaffen, so wie es das Volk beschlossen hat.

Zum andern müssen wir unsere Armee wieder so ausrüsten, dass sie in ganz verschiedenen Bedrohungssituationen die Sicherheit aufrechterhalten kann. Vergessen wir nicht, dass die Unsicherheit weltweit zunimmt. Staatszerfall im Nahen Osten und der Aufstieg des Islamischen Staates, verschärfte Ost-West-Spannungen und Krieg in der Ukraine, zunehmende islamistische Terrorgefahr...

SVP bi dä Lüt

Von Chur bis Genf im Gespräch mit den Leuten auf der Strasse und an Messen.



BEA, Bern



St. Gallen



Freiburg



Bahnhof Zürich



Genf



Luga, Luzern



Kerns (OW)



Churer Fest (GR)

Von der Bauern- und Gewerbeartei zur heutigen SVP

Die Wurzeln der SVP liegen in der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB). In Zürich wurde 1917 die Bauernpartei gegründet, in Bern 1918 die Bauern- und Gewerbeartei. Sie schlossen sich 1921 zur BGB zusammen, die ab 1937 als Landespartei bestand. 1929 wurde mit Rudolf Minger, der ein grosser Freund von General Guisan war, erstmals ein Politiker unserer Partei in den Bundesrat gewählt. Wegen seiner volksverbundenen Art gilt Minger noch heute als einer der beliebtesten und bekanntesten Bundesräte der Schweizer Geschichte.

Während des Zweiten Weltkrieges schlug die Stunde von BGB-Bundesrat Friedrich Traugott Wahlen: Um in einer entbehrungsreichen Zeit die Versorgung unseres Landes mit Nahrungsmitteln sicherzustellen, entwickelte er den berühmten «Plan Wahlen». In der folgenden «Anbauschlacht» wurden sogar in den Grünanlagen der Städte Kartoffeln, Zuckerrüben und Getreide angepflanzt. So konnte der Selbstversorgungsgrad der Schweiz mit Lebensmitteln von 52 Prozent (1939) auf 72 Prozent (1945) erhöht werden. Im

Jahr 1971 vereinigte sich die BGB mit der Demokratischen Partei der Kantone Glarus und Graubünden zur Schweizerischen Volkspartei (SVP).

1992 bekämpfte die SVP allein gegen die etablierten Kreise einen Beitritt der Schweiz in den EWR. Das Schweizer Stimmvolk folgte ihr und entschied sich für die Unabhängigkeit unseres Landes. Seither hat die Partei ihre Wählerbasis mehr als verdoppelt. Der Wähleranteil der SVP liegt heute national bei 26,6 %.



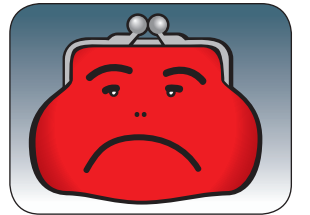
Rudolf Minger und Friedrich Traugott Wahlen – zwei herausragende Bundesräte der BGB/SVP. Adolf Ogi sicherte sich als Bundesrat von 1987 bis 2000 die Herzen der Schweizerinnen und Schweizer mit seinem berühmten Satz «Freude herrscht». Christoph Blocher und Ueli Maurer machten die SVP zur stärksten Partei der Schweiz. Als Bundesräte von 2003 bis 2007 (Christoph Blocher) und seit 2009 (Ueli Maurer) sind und waren sie eine wichtige Stimme für Freiheit und Unabhängigkeit im Bundesrat.

Ohne uns ...

... wäre die Schweiz Mitglied der Europäischen Union (EU)



... wären die Steuern, Abgaben und Bussen noch höher



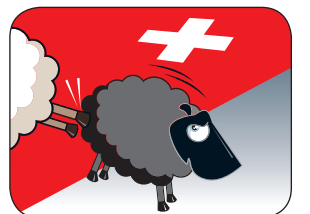
... gäbe es noch mehr Missbrauch bei der Sozialhilfe



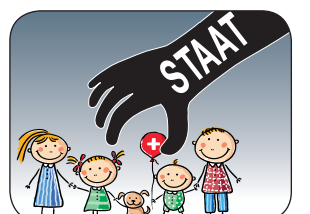
... würde die Masseneinwanderung unkontrolliert weitergehen



... würde die Ausschaffung krimineller Ausländer nicht einmal thematisiert



... mischte sich der Staat noch mehr ins Familienleben ein



... würden die Autofahrer noch mehr schikaniert



... stünden in der Schweiz immer mehr Minarette



NATIONAL- UND STÄNDERATSWAHLEN 2015

Unsere Schwerpunkte:

- ✦ Für die Selbstbestimmung der Schweiz – Nein zum schleichenden EU-Beitritt
- ✦ Für die Umsetzung einer griffigen Ausländer- und Asylpolitik
- ✦ Für tiefe Steuern, Stärkung des Werkplatzes und Sicherung der Arbeitsplätze

Unser Maskottchen: Wachhund Willy
 Folge Willy im Internet: www.svp.ch/willy
 Folge Willy auf Facebook: www.facebook.com/wachhundwilly



Interview

Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin Ems-Chemie



Magdalena Martullo-Blocher am Scuntrada-Markt in Savognin mit Ochse «Elvis»



Magdalena Martullo-Blocher mit einem Ems-Lernenden in der Produktion (Juli 2015)



Magdalena Martullo-Blocher auf dem Werkplatz Domat/Ems

Was ist Ihre Motivation, in die Politik einzusteigen?

Im Rahmen meiner Führungstätigkeit beim grössten Bündner Unternehmen erlebe ich die nationalen politischen Fehlentwicklungen und deren Auswirkungen auf Unternehmen und Bürger tagtäglich. Unsere aktuelle Bundespolitik leidet unter oberflächlichen Sachkenntnissen und leichtsinnigen Schnellschüssen. Überregulierung und ein ungebremster Staatsausbau belasten uns. Es

«Es gibt kaum einen Wirtschaftszweig, welcher nicht unter ausufernden Vorschriften und Bürokratie leidet.»

gibt kaum einen Wirtschaftszweig, welcher nicht unter ausufernden Vorschriften und Bürokratie leidet. Typische Beispiele finden sich im Umwelt- und Sicherheitsbereich, aber auch bei der Steuerhoheit oder in den Sozialsystemen.

Warum kandidieren Sie im Kanton Graubünden?

Als grösste Bündner Unternehmerin bin ich mit dem Kanton und seiner politischen Situation seit über zehn Jahren geschäftlich und privat eng verbunden. So weiss ich aus eigener Erfahrung, wo der Schuh drückt. Für Graubünden als Randkanton ist es nicht einfach, in Bern Gehör zu finden. Das kann ich als Nationalrätin ändern.

Für was für eine Schweiz setzen Sie sich ein?

Ich setze mich für eine eigenständige und föderalistische Schweiz ein, mit einer leistungsfähigen Wirtschaft, einer produktiven Landwirtschaft und mit Politikern, welche den Mut haben, sich für die Stärken, die Eigenheiten und die Freiheit der Schweiz einzusetzen.

Wollen Sie nun auch in der Politik in die Fussstapfen Ihres Vaters treten?

Ich sehe mich nicht als seine politische Nachfolgerin. Mein Anliegen ist eine bessere Politik in Bern. Leider ist das trotz jahrzehntelangem, intensivem Engagement meines Vaters immer noch nötig. Gerade auch in Bezug auf die anstehenden Verhandlungen mit der EU, bei denen automatisch EU-Recht übernommen und die Unterstellung unter die EU-Gerichtsbarkeit vom Bundesrat angestrebt wird. Ein gut besetztes Parlament kann das verhindern.

Was sind die grössten Herausforderungen für Sie als Exportunternehmerin?

Neben der Gefahr der Übernahme von EU-Recht, sind es die Energiepolitik des Bundes und all die neuen Regulierungen, welche die Handlungsfreiheit von Unternehmen einschränken. Die Beibehaltung der attraktiven Steuerquote. Der Erhalt unseres erfolgreichen dualen Ausbildungssystems mit mehr Gewicht auf den mathematisch-naturwis-

senschaftlichen Fächern, wo die Schweiz auch am meisten Arbeitsplätze in der Exportindustrie hat.

Wie beurteilen Sie die bilateralen Beziehungen Schweiz-EU?

Die Schweiz und der Wirtschaftsstandort Schweiz fahren ohne EU-Anbindung viel besser, solange sie eigene gute Lösungen finden. Die automatische Übernahme von EU-Recht lässt hier keinen Spielraum. Das politische EU-System ist nicht wirtschaftsfreundlich. Das Volk hat die Masseneinwanderungsinitiative angenommen, wir müssen sie umsetzen, ohne dass die Bilateralen gefährdet sind. Hier gibt es auch Lösungsansätze. Der Bundesrat und die Mehrheit der Parteien wollen sie einfach nicht aufnehmen.

Die Energiewende ist ein geflügelter Begriff – Ihre Einschätzung?

Ich glaube, der Bundesrat und viele Parlamentarier haben inzwischen realisiert, dass die Energiestrategie 2050, welche die Sonnen-/Windenergie so stark subventioniert, dass nicht einmal mehr die Wasserkraft konkurrenzfähig ist, in der Praxis nicht funktioniert. Sie haben aber nicht die Grösse, das zuzugeben und umzukehren. Inzwischen

«Gute Politik muss auch gar nicht so aufwendig sein.»

werden für immense Summen Fehlinvestitionen gemacht und die Stromversorgungssicherheit gefährdet. Wir werden diese Fehlstrategie noch lange spüren!

Sie sind 3-fache Mutter und Unternehmerin – wie bringen Sie das alles unter einen Hut?

Wie immer: Ich versuche mich möglichst gut zu organisieren. Gute Politik muss auch gar nicht so aufwendig sein. Eine gute Lösung hängt nicht von möglichst ausgefeilten und ausführlichen Paragraphen ab!

«Das politische EU-System ist nicht wirtschaftsfreundlich.»

Magdalena Martullo-Blocher

- ▶ Nationalratskandidatin Graubünden
- ▶ Unternehmerin
- ▶ Chefin Ems-Chemie, Vorstandsmitglied Verband Chemie/Pharma/Biotech
- ▶ verheiratet, 3 Kinder
- ▶ Jahrgang 1969, wohnhaft in Meilen und Lenzerheide



Autofahrer nicht kriminalisieren



Nationalrat Albert Rösti, Ständeratskandidat, Uetendorf (BE)

Eine junge Frau trinkt an einem Abend über den Durst und wird auf ihrem Motorradroller angehalten. Die Blutalkoholkonzentration liegt bei 1,6 Promille. Auch wenn die Frau noch nie mit dem Gesetz in Konflikt kam und, wie später Haar-

Bisher hat der Autofahrer gezahlt, neuerdings wird er sogar kriminalisiert. Ein eigentlicher Bussenterror und willkürliche Eingriffe ins Privatleben sind die Folgen des Via-sicura-Gesetzespakets. Es braucht Gegensteuer. Die Autofahrer sind über das Geld, das sie in Form von Steuern, Gebühren und Abgaben abliefern, sonst schon wahre Milchkühe.

«Die Autofahrer sind wahre Milchkühe.»

analysen und Blutuntersuchungen zeigen, kein regelmässiger Alkoholkonsum im Spiel ist, ist sie damit für die Behörden als Alkoholikerin abgestempelt. Sie zahlt nicht nur – was selbstverständlich ist – eine Busse und muss den Ausweis für mehrere Monate abgeben, sondern sie erhält auch über Jahre Auflagen, wie sie sich im Alltag zu verhalten hat und wie viel Alkohol sie konsumieren darf. Zudem muss sie regelmässig Haarproben abgeben, um ihr Verhalten kontrollieren zu lassen. Eine Entmündigung sondergleichen.

Oder der junge Gewerbler, der im Stress bei der Ablieferung einer Offerte eine Geschwindigkeitsübertretung begeht, auf einer einsamen, völlig ungefährlichen Strecke. Der Führerausweis ist für Monate weg. Die Geldstrafe beläuft sich auf 20'000 Franken. Seine berufliche Existenz ist in Gefahr.

Polizei für Verkehrsbussen statt Sicherheit

Die Autofahrer werden heute in absurder Weise kriminalisiert. Die Zahl der Verkehrstoten beträgt nur noch einen Drittel des Wertes vor 30 Jahren. In der gleichen Zeit haben sich die Verurteilungen nach

Strassenverkehrsgesetz verdreifacht. Die Ausweisentzüge haben sprunghaft zugenommen. Bei den Kantonen sind die Verkehrsbussen heute fix budgetierte Einnahmepos-

«Die Autofahrer werden heute in absurder Weise kriminalisiert.»

ten, welche durch die Polizei heringeholt werden müssen. Sie belaufen sich auf mittlerweile rund 700 Millionen Franken pro Jahr.

Mit Sicherheit hat dies nichts mehr zu tun. Vielmehr fehlen die Einsatzkräfte für andere Aufgaben.

Kampf der Willkür

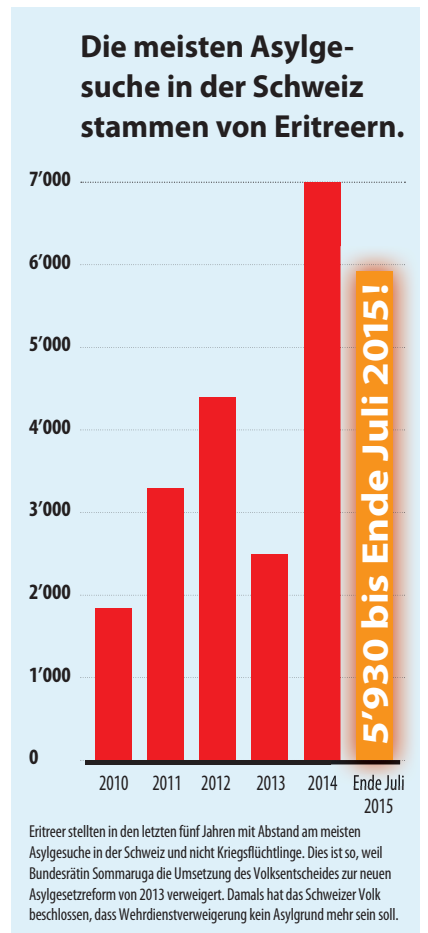
Es kann nicht sein, dass die Autofahrer willkürlich kriminalisiert werden, hohe Bussen erhalten und lange auf ihren Führerausweis verzichten müssen, während Einbrecher und Diebe mit bedingten Geldstrafen davonkommen. Weltfremde Politiker haben dieser Entwicklung mit dem übertriebenen Via-sicura-Gesetzespaket Vorschub geleistet. Die grotesken Auswüchse dieser verunglückten Gesetzgebung sind rasch zu korrigieren und rückgängig zu machen.

Asyl: Unverzüglich handeln!

Die Situation im Asylwesen spitzt sich zu. Immer mehr Illegale und Wirtschaftsmigranten gelangen durch Schlepper in die Schweiz, obwohl sie nicht an Leib und Leben bedroht sind. Die Kosten im Asylbereich explodieren. Die belastenden Folgen in verschiedensten Bereichen tragen die Kantone und Gemeinden. Die einheimische Bevölkerung ist zunehmend verunsichert. Die SVP verlangt vom Departement Sommaruga endlich ein entschiedenes Handeln und die konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze.



Für das Jahr 2015 rechnet der Bund mit gegen 30'000 Asylgesuchen. 60% dieser Personen dürfen langfristig in der Schweiz bleiben, obwohl die wenigsten verfolgt werden oder an Leib und Leben bedroht sind.



Heinz Brand,
Nationalrat,
Klostern (GR)

Die Schweiz hat eine lange Tradition der Aufnahme von Flüchtlingen, die an Leib und Leben bedroht sind. Diese Asyltradition wird jedoch untergraben, wenn jeder, der in die Schweiz kommt, auch hier bleiben darf, egal ob er Anspruch auf Asyl hat oder einfach ein besseres Leben sucht. Genau das geschieht seit einiger Zeit und führt je länger, je mehr zu Un-

mut, Unfrieden und Spannungen im Land. Über die offenen Grenzen gelangen zunehmend Personen in die Schweiz, welche in erster Linie von den hohen Sozialleistungen, der guten Sicherheitslage und der ausgezeichneten medizinischen Versorgung profitieren möchten.

Immer mehr Missbräuche

Die Sogwirkung dieser verfehlten Politik ist enorm. Die Folgen sind zunehmend untragbar:

- $\frac{2}{3}$ aller Asylsuchenden werden als Flüchtlinge anerkannt oder werden vorläufig aufgenommen (2013 war es noch nicht einmal $\frac{1}{3}$).

Dies, obwohl sich die Situation in den wichtigsten Herkunftsländern kaum verändert hat.

- Die meisten Asylsuchenden stammen aktuell aus Eritrea. Sie kommen also nicht aus Krisen- oder Kriegsgebieten wie beispielsweise Syrien, wie häufig behauptet.

- Die Schweiz hat in den letzten 30 Jahren im internationalen Vergleich überdurchschnittlich viele Gesuche verzeichnet und war damit wesentlich stärker belastet mit

« 6 Milliarden Franken für die Asyl- und Entwicklungshilfeindustrie »

Asylsuchenden als die meisten europäischen Staaten.

- Die Kosten der Asyl- und Entwicklungshilfeindustrie sind inzwischen auf rund 6 Milliarden Franken angewachsen. Allein die Kosten für den Asylbereich auf allen Stufen wird auf mindestens 3 Milliarden Franken geschätzt.

- Davon sind je länger, je mehr auch die Gemeinden betroffen, welche bereits nach wenigen Jahren die vollen Kosten – insbesondere der Sozialhilfe – zu tragen haben.

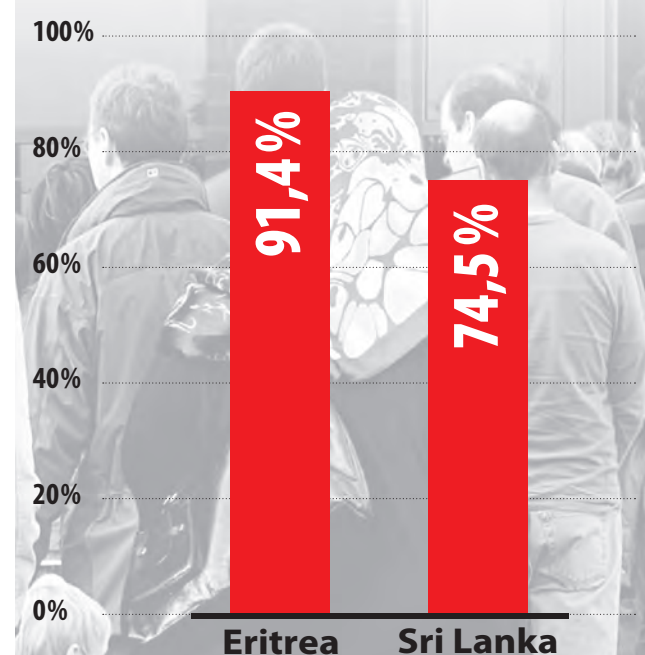
- Es gibt viel zu viele Missbräuche: Während Personen im Asylbereich rund 0,6% der Bevölkerung

ausmachen, wurden im letzten Jahr 4 Prozent aller Verstösse gegen das Strafbuch von ihnen verübt.

« In Bundesbern kämpft ausschliesslich und nachweislich die SVP für eine konsequente Asylpolitik. »

In Bundesbern kämpft ausschliesslich und nachweislich die SVP für eine konsequente Asylpolitik und gegen die zunehmenden Missbräuche. Mehr SVP im Parlament bedeutet deshalb auch weniger Missbräuche und damit weniger Kosten.

Sozialhilfequote (erwerbsfähige Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene 2012):



Im Vergleich dazu lag die Sozialhilfequote bei Schweizer Bürgern im Jahr 2013 bei 2,2%.

Quelle: Antwort Bundesrat auf Vorstoss der SVP

Kommentar

Seit 25 Jahren kämpft die SVP für eine konsequente Ausländer- und Asylpolitik. Ihre Forderungen sind berechtigt und klar.

Im Asylbereich braucht es dringend ein Moratorium für mindestens ein Jahr. Das heisst: keine neuen Asylanerkennungen und keine neuen vorläufigen Aufnahmen. Um dies zu erreichen, sind die Grenzen wieder eigenständig zu kontrollieren und illegale Einwanderer konsequent abzuhalten. Grundsätzlich muss die geltende Bestimmung endlich angewandt werden: Wer aus einem sicheren Drittstaat in die Schweiz einreist, hat kein Anspruch auf ein Asylverfahren in der Schweiz. Im Gegenzug ist ein Ausbau der Hilfe vor Ort angezeigt. Die Mittel dazu sind im Budget von rund 3 Milliarden Franken pro Jahr für die Entwicklungshilfe vorhanden.

Zuwanderung begrenzen

Die Zuwanderung ist unverzüglich gemäss der von Volk und Ständen angenommenen Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» zu steuern und dadurch markant zu senken. Die Instrumente dazu, Kontingentierung und ein Inländervorrang, sind im neuen Verfassungsartikel festgeschrieben. Ebenso sind die Ansprüche auf Sozialleistungen und auf Familiennachzug zu beschränken. Die Vorgaben des Stimmbürgers an den Bundesrat sind klar – nun muss er diese endlich umsetzen.

Yvette Estermann,
Nationalrätin und
Ständeratskandidatin,
Kriens (LU)



Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Gratis-Hotline: 0800 002 444

Kostenlose kompetente Auskunft!

Ab dem 14. September bis am 17. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2015 informieren. Wie wählt man richtig, wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Freitag von 11.00 – 19.00 Uhr und am Samstag von 9.00 – 15.00 Uhr für Sie da.

Fragen per Mail: wahlen@svp.ch

Frei bleiben - SVP wählen!
www.svp.ch



SVP ist die einzige Partei...

... die garantiert, dass

- die Zuwanderung begrenzt wird
- die Missbräuche im Asylwesen beseitigt werden
- kriminelle Ausländer ausgeschafft werden
- ein Anschluss an die EU verhindert wird

Darum am 18. Oktober

SVP wählen.

www.svp.ch

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, PC: 30-8828-5



Wettbewerb

Welcome to SVP: Was machen die denn da?



- ☐ G Ist am Kuchenbacken
- ☐ W Verteidigt das Bankkündengeheimnis



- ☐ A Hat seine Traumfrau gefunden und ist hin und weg
- ☐ E Nimmt nach einem guten Kirsch auch noch K.o.-Tropfen



- ☐ L Teilt Picknick mit seiner Einger Kampfkuh
- ☐ S Hat keine Freunde



- ☐ O Entspannt sich nach der Arbeit
- ☐ C Sieht sich eine Sendung mit Roger de Weck im SRF an



- ☐ OM Liest wie immer die WQZ auf dem Klo
- ☐ IE Hat den Verlag gewechselt



- ☐ ET Hört sich neuen Song Welcome to SVP an
- ☐ UN Sammelt alte Radios



- ☐ O Wäscht Geld in der Waschmaschine
- ☐ D Ist neu Hausmann



- ☐ L Macht Werbung für Zahnpasta
- ☐ S Staubt als Medizinhistoriker seine Knochengerüste ab



- ☐ V Springt als alter Fallschirmgrenadier in den Pool
- ☐ I Macht beim Topmodel-Wettbewerb mit



- ☐ P Führt mit Gripen-Kampfflieger Velo
- ☐ V Frönt seinem Hobby Modellfliegerbasteln

Die richtige Antwort lautet: _____ Kreuzen Sie die korrekten Antworten an, reihen Sie die Buchstaben aneinander und schicken Sie die Lösung ein.

- Preis: Eine Übernachtung inkl. Nachtessen, für 2 Personen im Haus der Freiheit von Toni Brunner
- Preis: Ein SVP-Wachhund Willy «Special Edition» mit Nummer
- Preis: Ein Mittagessen mit Toni Brunner für 2 Personen im Haus der Freiheit, www.hausderfreiheit.ch
- bis 10. Preis: Eine CD/DVD mit dem Song Welcome to SVP

www.welcometosvp.ch

Jetzt den Song

Welcome to SVP kaufen!

Sende eine SMS mit dem Text "SVP 2015" an die Nummer 900.

CHF 1.50 wird dir direkt von deiner Handyrechnung abgebucht und der Song automatisch per SMS verschickt.

Ich setze mich auch für eine freie, unabhängige und souveräne Schweiz ein.

- ☐ Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. meinem Bezirk/meiner Region werden. Die Parteimitgliedschaft ist zu vergleichen mit einer Mitgliedschaft in einem Verein.
- ☐ Bitte schicken Sie mir das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- ☐ Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort Ihren Newsletter an nebenstehende E-Mail-Adresse.
- ☐ Ich unterstütze die SVP und spende _____ Franken auf das **PC 30-8828-5**.
- ☐ Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- ☐ Ich unterstütze die Volksinitiative Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative). Bitte schicken Sie mir _____ Unterschriftenbogen zu.
- ☐ **Wettbewerb:** Ich möchte nur am Wettbewerb teilnehmen.
- ☐ Bitte senden Sie mir eine CD/DVD mit dem Song Welcome to SVP für Fr. 5.– zu.

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:

SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern, E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

Name/Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Datum/Unterschrift _____



www.svp.ch



Für den Kanton Graubünden in den Nationalrat – Liste 5



Heinz Brand

- ✚ Beruf: Jurist
- ✚ Funktion: Nationalrat, Immunitäts- und Rechtskommission, Staatspolitische Kommission, Parteipräsident SVP Graubünden, Präsident von Santésuisse
- ✚ Wohnort: Klosters-Serneus
- ✚ Jahrgang: 1955
- ✚ Zivilstand: verheiratet, eine Tochter
- ✚ Hobbys: Skifahren, Langlaufen, Mountainbiken, Kochen, Lesen, Kunst und Architektur, geselliges Beisammensein

«Der Kanton Graubünden steht vor wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Es ist deshalb wichtig, dass klar bürgerliche und wirtschaftsfreundliche Kandidatinnen und Kandidaten, wie sie von der SVP nominiert wurden, gewählt werden.»



Valérie Favre Accola

- ✚ Beruf: Unternehmerin
- ✚ Funktion: Vize-Präsidentin Molkerei Davos, Geschäftsführerin Paul-Accola-Nachwuchs-Stiftung, Organisatorin int. Bildhauersymposium Davos, Parteisekretärin SVP Graubünden
- ✚ Wohnort: Davos Platz
- ✚ Jahrgang: 1973
- ✚ Zivilstand: verheiratet, 3 Kinder
- ✚ Hobbys: Familie, Natur, Kunst, Literatur, Sport

«Ich engagiere mich für eine freie, unabhängige, demokratische, föderalistische und weltoffene Schweiz, glaube an den selbstverantwortlichen und liberalen Menschen. Diese Werte haben die Schweiz erfolgreich gemacht und die gilt es zu bewahren.»



Jan Koch

- ✚ Beruf: Wirtschaftsinformatiker
- ✚ Funktion: Grossrat und Fraktionspräsident SVP Graubünden, Mitglied Parteileitung SVP Graubünden und Zentralvorstand SVP Schweiz, Vorstand Bündner Gewerbeverband, Prüfungsexperte VFEI
- ✚ Wohnort: Igis
- ✚ Jahrgang: 1984
- ✚ Zivilstand: ledig
- ✚ Hobbys: Lesen, Wandern, Velofahren

«Es ist inakzeptabel, dass unser Bundesrat mehr Wert auf die Wünsche der EU als auf den Auftrag des Volkes legt. Getroffene Volksentscheide sind jeweils konsequent umzusetzen und die Meinung des Volkes hoch zu halten.»



Livio Zanolari

- ✚ Professione: Esperto comunicazione
- ✚ Funzione: Responsabile comunicazione Repower, Docenza seminario Università Svizzera italiana, Consiglio Alta scuola pedagogica Grigioni
- ✚ Domicilio: Coira
- ✚ Anno di nascita: 1955
- ✚ Stato civile: sposato, due figlie e un figlio
- ✚ Hobby: calcio, scrivere aforismi, pesca

«Um die Kantone zu stärken, müssen wir die Kostenexplosion der Bundesverwaltung stoppen (+ 24 % in 7 Jahren).»
«Per rafforzare i cantoni dobbiamo bloccare l'esplosione dei costi dell'amministrazione federale (+ 24 % in sette anni).»



Rico Rieder

- ✚ Beruf: Arzt
- ✚ Funktion: Initiant und Vorsteher des Medical Center Maienfeld.
- ✚ Wohnort: Maienfeld
- ✚ Jahrgang: 1966
- ✚ Zivilstand: verheiratet, vier Söhne
- ✚ Hobbys: Reisen, Lesen, Wandern

«Wir brauchen einen gesunden Staat: fitter, schlanker, gerechter.»

«Für eine starke Bündner Vertretung in Bern!»

Richtig wählen!

-  1. Stimmcouvert öffnen und Unterlagen entnehmen.
-  2. Nationalratswahlen: EINE SVP-Liste (3 oder 5 oder 7 oder 9) abtrennen.
-  3. EINE SVP-Liste (3 oder 5 oder 7 oder 9) ins kleine Couvert legen.
-  4. Stimmrechtsausweis unterschreiben.
-  5. Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen.
-  6. Couvert postalisch retournieren oder bei der Gemeinde einwerfen.

Mehr Informationen zu unseren Kandidaten und wie wählen unter: www.graubuendenwaehlt.ch

NATIONALRATSWAHLEN
Elecziuns dal cussegl naziunal
Elezioni del Consiglio nazionale

18. Oktober 2015
18 d'october 2015
18 ottobre 2015

5 SVP Graubünden B
PPS Grischun B
UDC Grigioni B

Kandidaten Nr. Candidat(a) nr. Candidato n.				
5	0	1	Brand Heinz, Klosters Jurist	
5	0	2	Favre Accola Valérie, Davos Platz Familienfrau / Unternehmerin	
5	0	3	Koch Jan, Igis Leiter Engineering	
5	0	4	Zanolari Livio, Chur Leiter Unternehmenskommunikation	
5	0	5	Rieder Rico, Maienfeld Hausarzt	

Die Listen 3, 5, 7 und 9 sind verbundene Listen, die Listen 5 und 7 sind unterverbundene Listen
Las glistas 3, 5, 7 e 9 en glistas colladas, las glistas 5 e 7 en glistas sotocolladas
Le liste 3, 5, 7 e 9 sono liste congiunte, le liste 5 e 7 sono liste sottocongiunte

Für den Kanton Graubünden in den Nationalrat – Liste 7



Magdalena Martullo-Blocher

- Beruf: Unternehmerin
- Funktion: Chefin Ems-Chemie
- Wohnort: Meilen / Lenzerheide
- Jahrgang: 1969
- Zivilstand: verheiratet, drei Kinder
- Hobbys: Ausflüge in der Natur mit der Familie

«Ein starker Wirtschaftsstandort ist mir wichtig. Den Anliegen des Kantons Graubünden kann ich in Bern sicher zu mehr Gehör verhelfen.»



Beath Nay

- Beruf: Unternehmer im Personal- und Baubereich, Inhaber / Geschäftsführer der Persadmin AG
- Funktion: Grossrat, Gemeinderat und Fraktionspräsident. Mitglied der Geschäftsprüfungskommission, Präsident der SVP Chur
- Wohnort: Chur, Bürger von Trun
- Jahrgang: 1969
- Zivilstand: verheiratet, 3 Kinder
- Hobbys: Fischen, Lesen, Familie

«Ich kandidiere, weil ich die Werte unserer Eltern und Grosseltern hochhalten und stärken will, sowie die Sicherheit erhöhen möchte. Die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarstaaten unterstütze ich. Ein EU-Beitritt kommt nicht in Frage.»



Mario Cortesi

- Beruf: Elektroingenieur HTL / Betriebswirtschaftsingenieur
- Funktion: Gemeinderat, Vizepräsident SVP Chur, Mitglied der Parteileitung SVP Graubünden und des Zentralvorstandes SVP Schweiz
- Wohnort: Chur
- Jahrgang: 1960
- Zivilstand: verheiratet, drei Kinder
- Hobbys: Haus und Handwerk, Motorrad- und Skifahren

«Werte der Schweiz bewahren – Nein zur Übernahme von EU-Recht – Nein zu fremden Richtern – frei bleiben.»



Martin Candrian

- Beruf: Berufsoffizier
- Funktionen: Präsident SVP Region Imboden, Mitglied Regionalparlament Surselva, Mitglied der Parteileitung SVP Graubünden
- Wohnort: Flims
- Jahrgang: 1965
- Zivilstand: verheiratet, zwei Kinder
- Hobbys: Präsident Ski Club, Technische Delegierter Ski Alpin

«Wir müssen uns auf die ureigensten Werte unserer Gesellschaft besinnen! Traditionen pflegen – Sicherheit garantieren – Unabhängigkeit bewahren – Wohlstand erarbeiten!»



Renatus Casutt

- Renatus Casutt ei carschius si a Falera, ei maridau e bab da dus affons carschi. Igl interpredider ei possesur dalla scrinari-lennaria a Falera. Politicamein ei Renatus Casutt staus engaschaus dil 1989-1999 sco president communal da Falera. Ils onns 2006-2014 eis el staus deputau el Cussegl grond. Renatus Casutt ei passiu-nau tiradur e catschadur. El temps liber va el bugen cun skis e velo sco era viandar ella natira.

«Democrazia e libertad el ver senn dil plaid. Decissions dil pievel ston era vegnir acceptadas da nossa regenza federala.»

«Für eine starke Bündner Vertretung in Bern!»

Richtig wählen!

-  1. Stimmcouvert öffnen und Unterlagen entnehmen.
-  2. Nationalratswahlen: EINE SVP-Liste (3 oder 5 oder 7 oder 9) abtrennen.
-  3. EINE SVP-Liste (3 oder 5 oder 7 oder 9) ins kleine Couvert legen.
-  4. Stimmrechtsausweis unterschreiben.
-  5. Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen.
-  6. Couvert postalisch retournieren oder bei der Gemeinde einwerfen.

Mehr Informationen zu unseren Kandidaten und wie wählen unter: www.graubuendenwaehlt.ch

NATIONALRATSWAHLEN
Elecziuns dal cussegl naziunal
Elezioni del Consiglio nazionale

18. Oktober 2015
18 d'october 2015
18 ottobre 2015

7 **SVP Graubünden M**
PPS Grischun M
UDC Grigioni M

Kandidaten Nr. Candidat(a) nr. Candidato n.				
7 0 1	Martullo-Blocher Magdalena, Meilen	Unternehmerin		
7 0 2	Nay Beath, Chur	Unternehmer		
7 0 3	Cortesi Mario, Chur	Account-Manager ICT		
7 0 4	Candrian Martin, Flims	Berufsoffizier Schweizer Armee		
7 0 5	Casutt Renatus, Falera	Unternehmer Holzbau		

Die Listen 3, 5, 7 und 9 sind verbundene Listen, die Listen 5 und 7 sind unterverbundene Listen
Las glistas 3, 5, 7 e 9 en glistas colladas, las glistas 5 e 7 en glistas sotocolladas
Le liste 3, 5, 7 e 9 sono liste congiunte, le liste 5 e 7 sono liste sottocongiunte

Liste 3 – die Jungen



Nicola Stocker

Beruf: Kaufmann Privatversicherung

Funktion: Präsident Junge SVP Graubünden, Mitglied Finanzplanungskommission Gemeinde Trimmis

Wohnort: Trimmis

Jahrgang: 1995

Zivilstand: ledig

Hobbys: Schiesssport, Landwirtschaft und Politik

«Der Föderalismus ist in Gefahr: Zentralistische Entscheide in Bundesbern bevormunden zunehmend die Bürgerinnen und Bürger. Ich setze mich konsequent für mehr Freiheit, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung ein.»



Daniela Bärtsch

Beruf: Immobilienverwalterin

Funktion: Vorstandsmitglied Junge SVP Graubünden

Wohnort: Chur

Jahrgang: 1992

«Es sind mir einige Dinge aufgefallen, die in der Schweiz aus der Balance gefallen sind! Um wieder ins Gleichgewicht zu kommen, brauchen wir: weniger Staat, mehr Volk, weniger Bürokratie, mehr Freiheit, weniger EU, mehr Schweiz.»



Daniel Walti

Beruf: Lokführer Rhätische Bahn

Funktion: Delegierter Junge SVP

Wohnort: Cazis

Jahrgang: 1989

Zivilstand: ledig

Hobbys: Unihockey, Eishockey, Wandern, Skifahren, Reisen

«Als Teil eines hervorragenden Teams Höchstleistungen vollbringen und das Vertrauen der Menschen mit Einsatz und Zuverlässigkeit bestätigen! Deshalb bin ich Lokführer, deshalb engagiere ich mich auch für die Junge SVP!»



Marco Wiesendanger

Beruf: Ersatzteillagerist

Funktionen: im Vorstand der SVP Chur, Stv. Beisitzer der GEVAG, Delegierter der SVP Schweiz

Wohnort: Chur

Jahrgang: 1987

Zivilstand: verheiratet

Hobbys: Kochen, Auto, Politik, Familie

«Ich stehe ein für eine unabhängige, selbständige und neutrale Schweiz. Eine Schweiz, die sich nicht kleiner macht als sie ist, NIE in die EU eintritt, die ihre Stärken kennt und diese bei Verhandlungen einzusetzen vermag.»



Fabio Nespolo

Beruf: Schüler

Funktion: Vizepräsident Junge SVP Graubünden

Wohnort: Küblis

Jahrgang: 1996

Zivilstand: ledig

Hobbys: Eishockey, Lesen, Schülerverbindung

«Ich setze mich für starke Schulen ohne linken Gleichheitswahn ein. Es kann nicht sein, dass Schüler mit unnötigen Kompetenzen vom Lernen abgehalten werden. Auch müssen wir das duale Bildungssystem stärken!»

Liste 9 – die Internationalen



Gabriella Binkert Becchetti

Beruf: Hotelière/Unternehmerin

Funktion: Vizepräsidentin Gemeinde Val Müstair, Präsidentin Gewerbeverband, Präsidentin Gesundheitszentrum VM, Stiftungs-Präsidentin Tessanda VM

Wohnort: Sta. Maria Val Müstair

Jahrgang: 1960

Zivilstand: verheiratet

Hobbys: Gesellschaft, Lesen, Oldtimer, Musik, Natur und Reisen

«Das gemeinsame Zusammenspiel zwischen Tourismus, Gewerbe, Hotellerie und Landwirtschaft gelingt nur dank attraktiven Rahmenbedingungen. Die Erhöhung der Schweizer Wertschöpfung trägt zum Wohlstand aller bei.»



Paul Accola

Beruf: Unternehmer & Ex-Skirennfahrer

Funktion: Grossrats-Stellvertreter, Mitglied der Sportkommission Davos, Präsident der Paul-Accola-Nachwuchsstiftung, Präsident Naturfreunde Davos, Right-to-Play & Laureus Botschafter

Wohnort: Davos

Jahrgang: 1967

Zivilstand: verheiratet, drei Kinder

Hobbys: Familie, Sport, Natur & Wiiti-Alp

«Ich engagiere mich für eine bessere gesellschaftliche Anerkennung, Wertschätzung und politische Vertretung des Sportes. Ich bin überzeugt, dass die typischen schweizerischen Werte unser Land erfolgreich gemacht haben, daher gilt es diese Werte zu bewahren.»

«Für eine starke Bündner Vertretung in Bern!»

NATIONALRATSWAHLEN

Elecziuns dal cussegl naziunal
Elezioni del Consiglio nazionale

18. Oktober 2015

18 d'october 2015

18 ottobre 2015

Liste Nr.

Glista nr.

Lista n.

9

SVP International

PPS Internaziunala

UDC Internazionale

Kandidaten Nr.

Candidat(a) nr.

Candidato n.

9 0 1

Binkert Becchetti Gabriella, Sta. Maria V. M
Unternehmerin

9 0 2

Accola Paul, Davos Platz
Unternehmer, eh. Profi Skirennfahrer

9 0 3

Nell Viktor, E-L'Ampolla
Ingenieur

9 0 4

Lippuner Hansjürg, D-Steinach
Berater

9 0 5

Eggerschwiler Harry, NAM-Windhoek
Pilot

Die Listen 3, 5, 7 und 9 sind verbundene Listen, die Listen 5 und 7 sind unterverbundene Listen
Las glistas 3, 5, 7 e 9 en glistas colladas, las glistas 5 e 7 en glistas autocolladas
Le liste 3, 5, 7 e 9 sono liste congiunte, le liste 5 e 7 sono liste sottocongiunte

tionen zu unseren Kandidaten

Mehr Informationen zu unseren Kandidaten und wie wählen unter: www.graubundenwaehlt.ch

Il turismo della criminalità è allarmante

Livio Zanolari, Poschiavo & Coira

Dal 2008, da quando è entrato in vigore l'accordo di Schengen tra la Svizzera e l'UE, che abolisce il controllo sistematico delle persone alle frontiere, le cose sono cambiate; in peggio, per quanto riguarda il turismo della criminalità.



Candidato al Consiglio nazionale Livio Zanolari
Responsabile comunicazione aziendale, Coira / Poschiavo

Le dogane non sono più presidiate 24 ore su 24. Specie la notte, molte regioni a ridosso del confine diventano prede di criminali, che sono all'origine di scassi in vari stabili. Nello scorso mese di giugno i ladri hanno preso di mira diverse proprietà in Val Monastero. La stessa esperienza è stata fatta più volte nelle altre vallate del sud dei Grigioni. In Val Poschiavo, per esempio, nel mese di novembre del 2014, ci sono stati furti in dozzine di case, persino nelle scuole comunali.

Ma anche il resto del Cantone deve fare i conti con regolari irruzioni e furti, specie nelle regioni lungo la A 13. Le più colpite sono la Mesolcina e la zona di Coira. Il collegamento autostradale offre al turismo della criminalità le migliori condizioni di fuggire oltre i confini in brevissimo tempo. In pochi anni la situazione è degenerata e l'U-



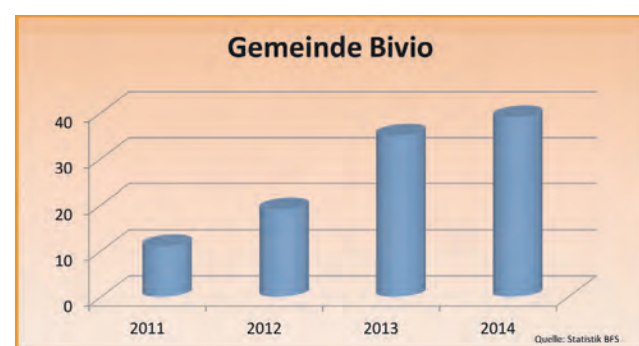
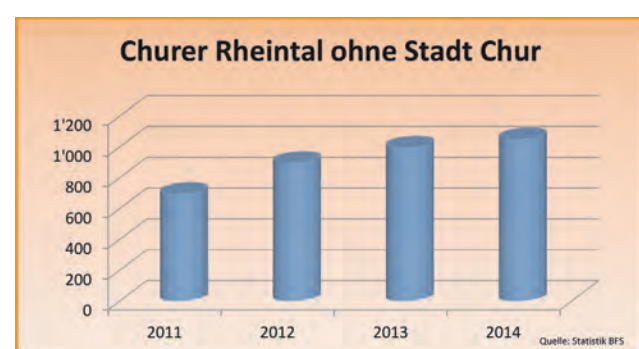
Dogana di Campocologno: lasciata a se stessa durante la notte

DC si oppone a questa grave evoluzione.

La popolazione locale è in continua apprensione, è esasperata. Dubita dell'efficacia dei controlli alle dogane, che purtroppo non sono sempre presidiate e dubita sui controlli di polizia e guardie all'interno del territorio.

L'UDC è convinta che le dogane devono essere controllate, in continuazione, e se necessario ricorrendo a unità dell'esercito svizzero, come richiesto dall'UDC Valposchiavo. Davanti al dilagante turismo della criminalità l'UDC non si accontenta di stare a guardare. Vuole interventi mirati e concreti.

Reati Codice penale ai sensi



Recinzione di confine Svizzera - Italia

Grenzposten kontrollieren

Nach dem Inkrafttreten des Schengener Abkommens mit der EU hat sich die Sicherheitslage massiv verschlechtert. Der Kriminaltourismus versetzt die Bewohner des Kantons, insbesondere der Südtäler und der Regionen entlang der A13 in grosse Besorgnis. Die Sicherheit ist ein verfassungsrechtlich verankertes Recht. Die SVP verlangt die Wiedereinführung der durchgehenden Besetzung der Grenzposten, auch während der Nacht.

Controlar ils cunfins

Daspè cha la cunvegna da Schengen cun l'Unìun Europeica es entrada in vigur es nos pajais dvantà vi e plü malsgür. Il turissem ciminal fa grondas temas in nos chantun, impustüt in las valladas dal süd e lung la via A13. La sgürezza es però ün dret fixà aint illa constituziun. Il PPS pretenda perquai, cha tuot ils cunfins vegnan darcheu occupads permanentamaing cun guardgias, eir durant la not.

Unbedenkliche Folgen der Masseneinwanderungsinitiative für den Kanton Graubünden

Nationalrat Heinz Brand, Klosters



Nationalrat Heinz Brand
Klosters

Die stärkste Wirtschaftsentwicklung des Kantons erfolgte während einer Zeit, in der die Zulassung von ausländischen Arbeitskräften sowie deren Familienangehörigen Beschränkungen und Kontingenten unterlag. Trotz dieser Einschränkungen konnten dem Gast- und Baugewerbe sowie der Industrie jederzeit die nötigen Arbeitskräfte in genügender Zahl bewilligt werden. Die zurückhaltende Praxis beim Familiennachzug führte ferner zu einem moderaten Zuwachs der nichterwerbstätigen Ausländer. Dadurch hielten sich die Probleme in Schulen und Gesellschaft in engen Grenzen.

Die Annahme der Zweitwohnungsinitiative sowie die Aufwertung des Schweizer Franks führen zu einer starken wirtschaftlichen Abkühlung. Es muss deshalb angenommen wer-

den, dass damit auch die Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften stark zurückgeht. Die aufgrund der Masseneinwanderungsinitiative vorgesehenen Kontingente und die damit verbundenen Zulassungsbeschränkungen werden die ohnehin rückläufige Wirtschaftsentwicklung kaum beeinträchtigen. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass auch während der Hochkonjunktur trotz Kontingenten eine sehr gute wirtschaftliche Entwicklung möglich war. Dementsprechend führen Kontingente, erst recht bei einer schlechteren Wirtschaftslage, zu keinen Engpässen von ausländischen Arbeitskräften. Völlig aus der Luft gegriffen ist die Behauptung, dass Kontingente zu einer ausufernden Bürokratie führten. Die Einführung der Bilateralen hat die Bewilligungsverfahren für alle anspruchsvoller gemacht und die Einführung eines Kontrollapparates für die flankierenden Massnahmen notwendig gemacht. Mit einer Aufhebung der Personenfreizügigkeit kann nicht nur das Bewilligungsverfahren vereinfacht, sondern zugleich ein überflüssiger Beamten- und Kontrollapparat liquidiert werden. Alleine diese Beispiele zeigen, dass der Fortgang der Bündner Wirtschaft durch die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative in keiner Weise gefährdet ist.

Anche il Cantone dei Grigioni ha accettato l'iniziativa contro l'immigrazione di massa. Lo sviluppo economico del Cantone non è stato messo in pericolo per questo. L'accettazione dell'iniziativa sulle seconde abitazioni e la maggior forza del franco svizzero provocano una flessione economica e quindi un lieve calo della domanda di lavoratori stranieri

Eir il chantun Grischun ho accepto l'iniziativa cunter l'immigraziun da massa. Il svilup economic dal chantun nun es periclitu cotres. L'acceptaziun da l'iniziativa cunter abitaziuns secundaras e l'augmoint da valur dal franc svizzer chaschunan nempie üna recessiun economica ed üna dumanda redotta per forzas da lavur da l'ester.

Mitspracherecht beim Lehrplan 21

Valérie Favre Accola, Davos

Die massive Kritik der Fachwelt, der Lehrerschaft und besorgter Eltern am Lehrplan 21 wurden ignoriert. Die SVP verlangt, dass Kinder nicht länger als Versuchsobjekte missbraucht werden. Lehrer sollten sich auf klare Lernziele abstützen und sich endlich wieder auf das Schule geben konzentrieren können.



Nationalratskandidatin Valérie Favre Accola
Familienfrau und Unternehmerin, Davos

Die SVP verlangt ein Mitspracherecht des Volkes beim Lehrplan 21, zumal das Bündner Volk klar Nein zu HarmoS gesagt hat. Der vorliegende Entwurf geht deutlich über den Verfassungsauftrag der Harmonisierung hinaus, ist viel zu umfangreich und zu sprachenlastig. Zudem zeugt er von grosser Praxisferne und wird daher im Bildungswesen weitere Reformen und damit hohe Kosten nach sich ziehen.

Die Schule soll sich vor allem auf die Vermittlung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten konzentrieren, die erzieherische Hauptverantwortung muss

weiterhin bei den Eltern bleiben. Die Lehrer müssen gestärkt und mit Methoden- und Lehrmittelfreiheit ausgestattet werden. Es ist zum bewährten Klassenlehrersystem zurückzukehren.
www.guteschule-gr.ch

L'UDC chiede che la popolazione si possa esprimere sul Piano d'insegnamento 21 (Lehrplan 21), molto più che la popolazione grigionese aveva respinto chiaramente HarmoS, ignorando le forti critiche di esperti, docenti e genitori preoccupati.
www.guteschule-gr.ch

Il PPS pretenda cha la populaziun haja vusch in chapitel a la dumonda dal plan d'instrucziun 21, quai causa cha'l suveran Grischun ha vuschà cleramaing NA a HARMOS ed eir causa cha la critica dals specialists, dals magisters e dals geniturs es gnüda ignorada. Iniziativa popolare per una buona scuola nei Grigioni.
www.guteschule-gr.ch

Keine Benachteiligung von Graubünden!

Grossrat Jan Koch, Igis

Die heutige Verkehrspolitik des Bundes ist stark auf die Förderung des ÖV und der Nationalstrassen in den Agglomerationen ausgerichtet. Die Erschliessung der Rand- und Berggebiete unseres Landes drohen immer mehr ins Abseits zu gelangen.



Nationalratskandidat Jan Koch
Wirtschaftsinformatiker, Igis

Eine gute strassenmässige Erschliessung unseres Kantons ist von zentraler Bedeutung zur Sicherstellung einer flächendeckenden Besiedlung. Graubünden wird in diesem Bereich gegenüber anderen Kantonen klar benachteiligt.

Dies einerseits wegen den geltenden Finanzierungssystemen, andererseits wegen der auf die Agglomerationen und die NEAT ausgerichteten Verkehrspolitik des Bundes. Durch ein verstärktes Lobbying auf Bundesebene müssen die Bundesbehörden und die Bundesverwaltung auf die besondere Situation in unserem Kanton sensibilisiert werden. Dazu gehören auch die Pendlerabzüge, welcher leider auf Bundesebene bereits begrenzt wurden. Im Kanton muss sich die SVP dafür einsetzen, dass diese Mehrbelastung der Bündnerinnen und Bündner nicht weitergeführt wird.

Automobilistinnen und Automobilisten bezahlen heute sehr viel an die Infrastrukturen der öffentlichen Verkehrs aber auch an den allgemeinen



Auch für mehr Sicherheit ist der Ausbau unserer Strasseninfrastruktur dringend notwendig.

Staatshaushalt. Die Einnahmen aus dem Strassenverkehr sollen in Zukunft wieder konsequent auch in die Strasseninfrastruktur investiert werden. Die 9,5 Milliarden welche Autofahrerinnen und Autofahrer jährlich an Abgaben zum Bund leisten, reichen

für den dringend notwendigen Ausbau der Strasseninfrastruktur für alle Regionen unseres Landes. Deshalb setzt sich die SVP für eine faire Finanzierung und eine flächendeckende Erschliessung aller Regionen unseres Landes ein.

L'uso sleale e diverso da quanto previsto dei 9.5 miliardi provenienti da imposta sugli oli minarali, IVA, tasse per l'utilizzazione delle strade nazionali e TTPCP (Tassa sul traffico pesante commisurata alle prestazioni) va corretta, affinché ci siano i mezzi necessari per collegamenti moderni di tutte le regioni.

L'alienaziun nō faira da 9.5 miliuns entradas our da l'imposta da petroli, l'imposta da vehiculs a motor, da la taxa da las vias naziunals, da l'imposta da plüvalur e da la taxa sül trafic da camiuns esa da corregger. Be uschea esa avantman avuonda munaida per garantir l'access in tuot las regions.

Energiepolitik schadet unserer Wasserkraft

Gemeinderat Mario Cortesi, Chur & Poschiavo



Nationalratskandidat Mario Cortesi
SVP-Gemeinderat, Chur

Die von Linken und Grünliberalen angetriebene und frenetisch gefeierte Energiewende, an welche sich aus wahltaktischen Gründen auch die Mitteparteien angeschlossen haben, zeigt nun ihre fatale Wirkung. Die masslose Subventionierung von Sonnen-, Wind- und Kleinkraftwerken hat die hocheffiziente, ökologisch wertvolle Wasserkraft in ernsthafte Schwierigkeiten gebracht und damit auch viele Wasserzinsgemeinden.

Damit verkeehrt sich die Absicht der Befürworter der Energiewende ins Gegenteil. Sie schaden mit ihrer kurz-sichtigen Ideologie just den Wasserkraftwerken, welche in der Lage wären, die planlos anfallende Solar- und Windenergie in die Seen hochzupumpen. Und wir Steuerzahler haben diesen Unsinn auch noch zu bezahlen. Die SVP verlangt eine rasche Abkehr von dieser verfehlten Subventionspolitik. Die vertraglich festgesetzten Wasserzinsen dürfen auf keinen Fall über politische Massnahmen ausgehebelt werden.

La svolta energetica dimostra ora il suo effetto nefasto. I sussidi all'energia solare e eolica hanno messo in seria difficoltà l'industria efficiente dell'idroelettrico e molti comuni per i minori introiti fiscali. L'UDC chiede di abbandonare al più presto questa politica fallimentare.



Energiewende schadet der Wasserkraft

La midada segl sectour d'energeia demossa oss igl sies effect fatal. Las subvenziuns per la forza solara e forza digl vent, on caschuno difficultads alla forza d'ava effizainta ed ablers cumegns cun tschains d'ava. La PPS pretenda ena renuntzga immediata a chella politica sbagleda.

Mehr unternehmerische Freiheit statt Bürokratie!

Magdalena Martullo-Blocher, Lenzerheide & Meilen



Nationalratskandidatin Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin, Domat Ems / Meilen

Das Bundesparlament besteht heute mehrheitlich aus Berufspolitikern. Da es an eigener praktischer Erfahrung mangelt, leidet die aktuelle Bundespolitik unter oberflächlichen Sachkenntnissen. Zuversicht und Mut für eigene, bessere Lösungen fehlen. Das erfolgreiche Wirtschaftsmodell Schweiz wird geschwächt. In der Umsetzung nehmen juristische Wortklaubereien mehr Raum ein als unternehmerische Freiheit.

Gerade in diesen herausfordernden Zeiten mit hohem Schweizer Franken, Zweitwohnungsinitiative, aufstrebenden asiatischen Märkten und Flüchtlingsströmen ist es wichtig, dass Unternehmer ihre Handlungsfreiheit behalten und nicht durch immer neue

Gesetze, Verbote und Vorschriften behindert werden. Unsere erfolgreichen kleinen und mittleren Betriebe im Tourismus, im Gewerbe, aber auch im Export und der Landwirtschaft müssen sich an neue Situationen anpassen und in gute Ideen investieren können. Nur so können sie Arbeitsplätze und Wohlstand für alle schaffen.

Zu guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gehört auch die finanzielle Entlastung (Steuern, Abgaben, Gebühren). Die in den letzten Jahren rasant gewachsene Bundesverwaltung und deren Personalaufwand sind zu reduzieren. Keine andere Partei vertritt Wirtschaft und Gewerbe so konsequent wie die SVP. Das belegt die KMU-Studie des Gewerbeverbandes 2011-2014: Unter den ersten 50 Nationalräten befinden sich 41 SVP-Nationalräte!

Die SVP Graubünden setzt sich in Bern für Flexibilität und bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen auch für Randkantone ein. Mit der SVP Graubünden schicken Sie Parlamentarier nach Bern, welche sich für mehr Föderalismus und weniger Staat und für ein besseres Wirtschaftsklima einsetzen!



La libertà d'azione imprenditoriale, ma anche meno prescrizioni e tasse sono decisive per il successo della Svizzera. L'UDC grigionese si impegna a Berna per migliori condizioni quadro economiche anche per i cantoni periferici.

Per il success da la Svizra è decisiva la libertad d'agir dals interpretenders e damain prescripziuns e taxas. La PPS Grischun s'engascha a Berna per meglras cundiziuns da basa economicas era per ils chantuns periferics.



Frei bleiben! – SVP wählen.
www.graubuendenwaehlt.ch

Liste 7 SCHWEIZER QUALITÄT

Bündner Tourismus, quo vadis?

Gemeinderätin Gabriella Binkert Becchetti, Sta. Maria V.M.

Vor über 150 Jahren haben unsere Pioniere den Auftakt für einen nachhaltigen Tourismus im ganzen Alpenraum gelegt. Es waren Zeiten, in welchen Courage, Unternehmertum, Engagement und politische Unterstützung ein gemeinsames Ziel hatten: die natürlichen Schönheiten unseres Kantons sollten zugunsten der Erhöhung der Wertschöpfung den sozioökonomischen Aufschwung fördern.

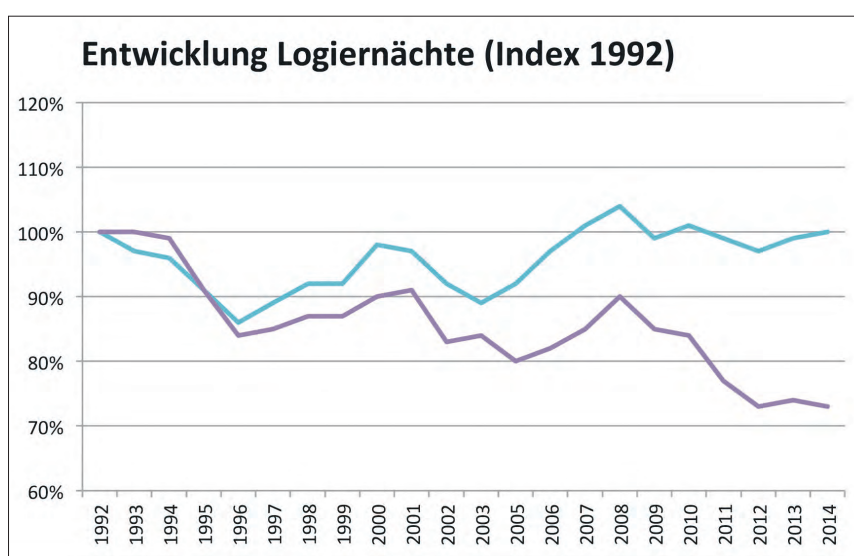


Nationalratskandidatin
Gabriella Binkert Becchetti

Dann kamen leider die Jahre des Übermutes, die Berufsausbildung wurde vernachlässigt und dazu gesellten sich übermässige Regulierungen, administrative Hindernisse, starre Sozialpartnerschaften und die Betriebe wurden arg geknebelt. Der momentane schwache Euro verlangt nun von allen Partner der Branche unkonventionelle Anpassungen sowie eine schlagfertige Marketingstrategie.

Der Ruf nach Qualität ist richtig - bei der Innovation wird geistreiches Handeln gefördert! Wie sollen wir den Gast in unseren Alpenraum locken? Es geht nicht darum einen Subventionsstopf zu öffnen, nein, aber solide Beherbergungsbetriebe müssen gute Rahmenbedingungen vorfinden. Aber das bedingt wiederum politischen Mut, eine klare Sicht- und Denkweise aller Player sowie eine klare Strategie der Marktbearbeitung.

Wie können dem Gast die feine Bergluft, die köstlichen Produkte, die Sportmöglichkeiten sowie die einmalige Naturlandschaft näher gebracht



Entwicklung der Logiernächte im Vergleich: – Schweiz und – Graubünden

werden? Nebst dem Internet durch persönliche Botschafter, herzliche Freundschaften und durch menschliche Nähe! Alle Partner müssen endlich lernen, am selben Strick zu ziehen. Denn eine starke und naturnahe Landwirtschaft kann für den Gast zum Erlebnisurlaub werden. Eine regionaltypische und feine Küche wird zum genüsslichen Markenzeichen einer ganzen Region. Wir haben

es vor 150 Jahren schon einmal bewiesen: den bündnerischen Pioniergeist gilt es wieder zu wecken, zu fördern und uns dem Gast wieder als Regionen mit Persönlichkeiten zu präsentieren – so ist uns die Aufmerksamkeit der potentiellen Gäste wieder sicher und man spricht weniger über den Preis, sondern erkennt wieder den Wert unseres wunderschönen Ferienkantons.

Turismo - quo vadis

Il turismo, quale importante motore dell'economia, viene rafforzato dalla politica. Condizioni quadro attrattive per progetti innovativi. Il tasso straordinario dell'IVA, l'imprenditorialità e il mercato flessibile del lavoro devono poter essere attuati in tempi ragionevoli.

Turissem – quo vadis?

Il turissem, ün motor economic important, vegn rinforzi tras la politica cun cundiziuns da basa attractivas per progets innovativs. La tarifa speziala da l'imposta da plüvalur, la pussibilità da lavurar economicamaing ed ün marchà da lavur flexibel ston gnir realisats fìch svel.



TRADITION HAT EINEN NAMEN

Nus vivain la tradiziun | Noi siamo la tradizione

JA, gerne werde ich Mitglied der **SVP Graubünden**

Name / Vorname: _____

Adresse: _____

Einsenden an:

SVP Graubünden | Postfach | 7270 Davos Platz | www.svp-gr.ch



Damit unserer Landwirtschaft auch für kommende Generationen noch attraktiv ist.

Unser Land braucht eine starke Land-, Berg- und Alpwirtschaft

Bündner Bauernpräsident Thomas Roffler, Grusch



Thomas Roffler, Bündner Bauernpräsident

Auch die zum Landwirtschaftssektor gehörenden vor- und nachgelagerten Betriebe helfen mit, Arbeitsplätze und Wohlstand zu schaffen. Bauernfamilie sein, heisst nicht allein für Folklore und Tradition da zu sein, sondern zu Berg und Tal täglich Wiesen, Weiden und Äcker zu bestellen und für die Tiere zu sorgen. Ein funktionierender Grenzschutz für Agrargüter ist notwendig, wenn man Tierschutz, Produkte-Qualität und Wissen bewahren will.

Schon lange ist unser Land kein Land von Bauern mehr, aber dennoch kommt der Landwirtschaft in unserem Staat eine tragende Rolle zu. Die SVP steht zur Schweizer Landwirtschaft - das hat sie im Parlament und an vielen anderen politischen Schauplätzen klar zum Ausdruck gebracht. Sie weiss, dass zu einem eigenständigen Land auch eine produzierende Landwirtschaft gehört, die nebst qualitativ hochstehenden Lebensmitteln einen Selbstversorgungsgrad von mindestens 60% garantiert.

Die Alp- und Berglandwirtschaft ist nicht nur etwas typisch Schweizerisches, sondern sichert auch die Besiedlung und Bewirtschaftung von Randregionen - daher gilt es diese Form von Landwirtschaft zu schützen. Einmal Verlorenes kann man in der Natur nur schlecht wieder rückgängig machen und darum gilt für jede Generation der Grundsatz: Tragen wir Verantwortung und stehen wir zu den Werten, die auch einer zukünftigen Generation ein gepflegtes Land ermöglichen.

L'UDC promuove un'agricoltura impostata sulla produzione, che rispetti anche le particolarità speciali delle regioni di montagna

La pps s'engascha per la producziun dall'agricoltura e pren era risguard sillas spezialas qualitads dalla regiun da muntogna.



Frei bleiben! – SVP wählen.
www.graubuendenwaehlt.ch



SVP – vielseitig und volksnah!



So wählen Sie im Kanton Graubünden richtig!



1. Öffnen Sie Ihr Stimmcouvert, darin finden Sie folgendes Material:

- Block mit vorgedruckten Nationalratskandidaten-Wahlzetteln (Listen)
- Kleines Couvert
- Ständeratswahlzettel
- Stimmrechtsausweis

2. Wählen Sie Ihre Nationalrätinnen und Nationalräte:

Wählen Sie eine der Listen 3 oder 5 oder 7 oder 9 und trennen Sie diese Liste ab.

3. SVP-Nationalratsliste ins kleine Couvert:

Legen Sie diese SVP-Liste (3 oder 5 oder 7 oder 9) unverändert ins kleine Couvert.

4. Stimmrechtsausweis unterschreiben:

Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis.

5. Alles ins grosse Couvert:

Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen, so dass die Adresse der Gemeinde im Sichtfenster zu sehen ist. Wenn nötig, frankieren Sie das Couvert.

Und dann ab in die Post oder Einwerfen bei Ihrer Gemeinde.

6. Abschicken:

Couvert bis spätestens **15. Oktober** per A-Post aufgeben oder bis **16. Oktober** auf die Gemeinde bringen oder am **18. Oktober** an die Urne gehen.

Achtung!

- Legen Sie nur **eine** Nationalratsliste ins Couvert, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!
- Schreiben Sie keine zusätzlichen Bemerkungen auf den Wahlzettel, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!



- 1.** Stimmcouvert öffnen und Unterlagen entnehmen.



- 2.** Nationalratswahlen: EINE SVP-Liste (3 oder 5 oder 7 oder 9) abtrennen.



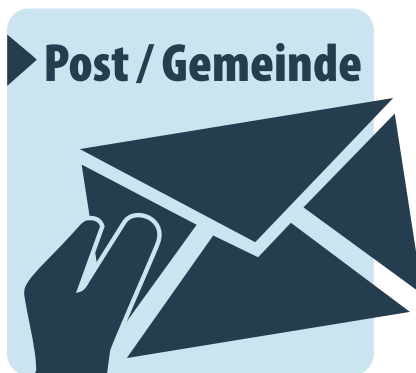
- 3.** EINE SVP-Liste (3 oder 5 oder 7 oder 9) ins kleine Couvert legen.



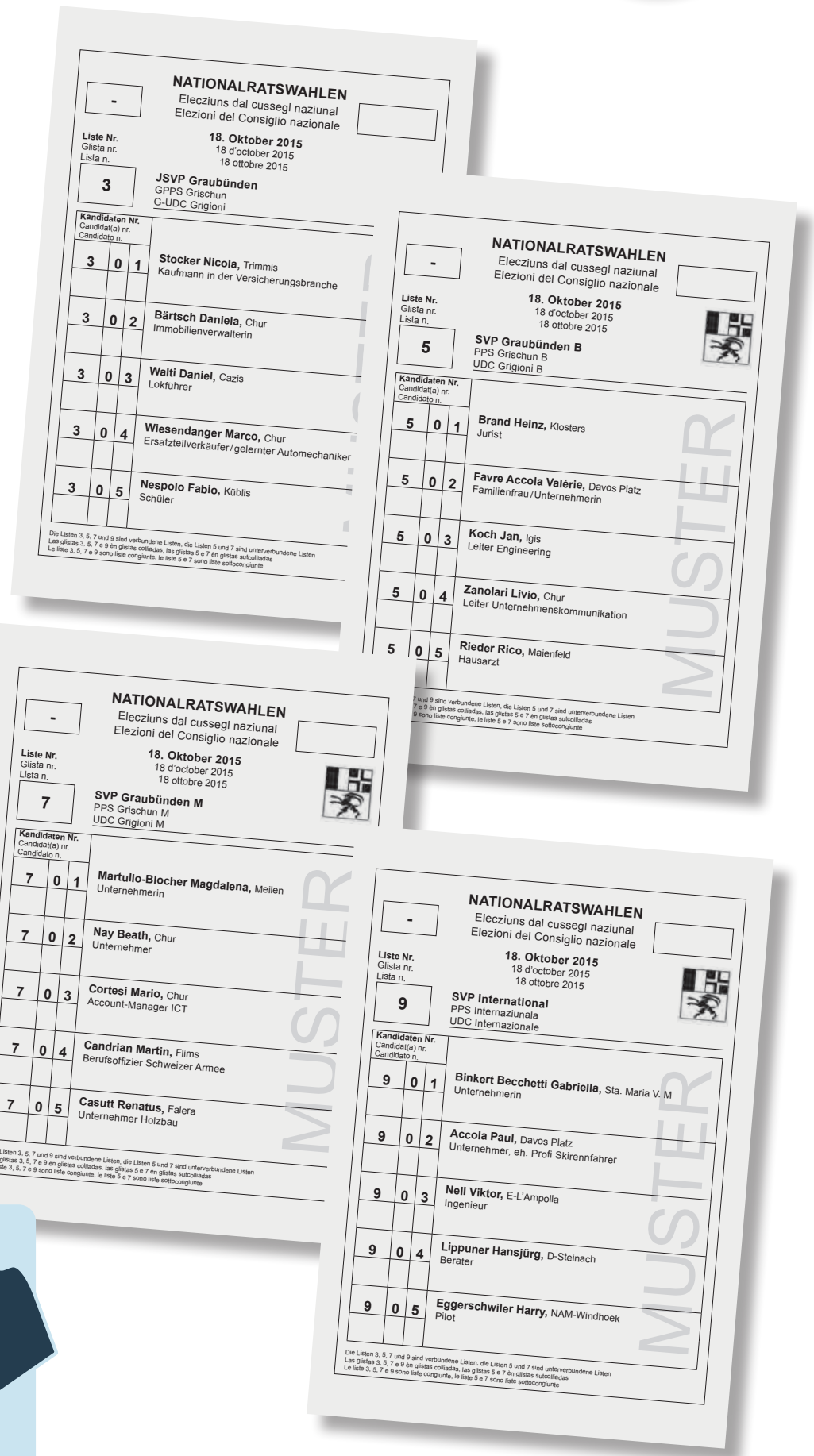
- 4.** Stimmrechtsausweis unterschreiben.



- 5.** Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen.



- 7.** Couvert postalisch retournieren oder bei der Gemeinde einwerfen.



Haben Sie Fragen zu den Wahlen? Gratis-Hotline:

0800 002 444

Kostenlose kompetente Auskunft!

Ab dem 14. September bis am 17. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2015 informieren.

Wir sind von Montag bis Freitag von 11.00 – 19.00 Uhr und am Samstag von 9.00 – 15.00 Uhr für Sie da.

Fragen per Mail: wahlen@svp.ch